

Israels Krieg gegen Gaza

nach dem Hamas-Attentat am 07. Oktober 2023

Input in der Sitzung des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg!“ am 15. Februar 2024

Vortrags-Version

Inhalt

1. Von der Gründung des Staates Israel bis zum Attentat der Hamas S. 1
2. Exkurs: Zur Geschichte des Gazastreifens S. 4
3. Der „Osloer Friedensprozess“ S. 8
4. Die Reaktion der israelischen Regierung auf den Angriff vom 7. Oktober 2023 S. 10
5. Israels Recht auf Selbstverteidigung und die „deutsche Staatsräson“ S. 13
6. Südafrikas Genozid-Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag S. 16
7. Wie könnte der Konflikt zu einem guten Ende gebracht werden? – Perspektiven S. 19
8. *Die „Zwei-Staaten-Lösung“* S. 21
9. *Die „Ein-Staaten-Lösung“ nach Art einer binationalen föderativen Republik* S. 22
Der Staatsentwurf in Stichworten S. 22
10. ... und was sonst noch zu erwähnen wäre S. 26
11. Anhang (Dokumente) S. 28

1. Von der Gründung des Staates Israel zum Attentat der Hamas

„Bei Israels Staatsgründung wurden über 700.000 arabische Einwohner vertrieben oder flüchteten vor den israelischen Milizen. Der von den UN eingesetzte Vermittler Graf Folke Bernadotte, der sich für ihr Rückkehrrecht einsetzte, wurde im September 1948 in Jerusalem von einem israelischen bewaffneten Kommando erschossen. Das von den Flüchtlingen und Vertriebenen verlassene Land wurde ersatzlos durch Beschluss des israelischen Parlaments enteignet und ihre Rückkehr mit Gewalt unterbunden. Im Juni-Krieg 1967 eroberte Israel unter anderem das Westuferland des Jordans, vertrieb weitere Palästinenser und stellte die Verbliebenen unter Militärrecht. Doch auf geraubtem Land kann man nicht in Frieden leben, denn auch Eigentumsansprüche werden vererbt. Der Konflikt dauert daher seit (mehr als; E.J.) siebzig Jahren an.

Um den jetzigen Zustand aufrechtzuerhalten, ist Israel eine ethnisch abgestufte Demokratie. Die meisten Rechte haben jüdische Staatsbürger in Israel (Grenzen von 1967) und der Westbank („Siedler“). Dann kommen arabische Staatsbürger Israels (weniger Rechte unter anderem zu Wohnsitzwahl, Grundeigentum, Vererbung, Familienzusammenführung) und arabische Jerusalemer (keine Staatsbürgerrechte, sondern nur präsenzabhängige Aufenthaltsbewilligung). Am Ende stehen die Millionen Rechtlosen: Über die nichtjüdischen Bewohner des besetzten Westjordanlands herrscht Israels Militär, und die Bewohner Gazas sind seit 2006 von Israel und Ägypten eingesperrt. Der Landraub im Westjordanland durch den Bau neuer israelischer Siedlungen und Errichtung der Mauer geht täglich weiter, Internierungen ohne Urteil („Administrativhaft“), Folter in der Haft, Sippenhaft durch Hausabriss sind üblich und nach israelischer Rechtsprechung legitim.“¹⁾

So knapp und präzise beschrieb **Rolf Verleger**, Sohn zweier Überlebender der Vernichtung des europäischen Judentums, in seinem letzten Buch die Zeit nach der Gründung des Staates Israel. „Das Motiv von all uns Kritikern der israelischen Politik“, hob Verleger immer wieder hervor, „ist unsere Überzeugung, dass die Menschenrechte auch für palästinensische Araber gelten.“²⁾ Am 8. November 2021 starb er.

Seine oben zitierten Ausführungen leiten unmittelbar hin zu den Ereignissen, die am 7. Oktober 2023 Millionen Menschen in aller Welt schockiert haben.

An diesem Tag durchbrachen militärische Einheiten der Hamas die Befestigungsanlagen zwischen Gaza und Israel und griffen zahlreiche Kibbuzim und kleine Ortschaften im Grenzgebiet an. Starke Kräfte des israelischen Militärs waren ins Westjordanland zum Schutz der zahlreichen jüdischen Siedlungen während des Laubhüttenfestes abkommandiert worden. Am Ort des Überfalls trafen daher die ersten Einheiten erst etwa sieben Stunden zu spät ein, als bereits Hunderte von Menschen auf zum Teil bestialische Weise von den Angreifern massakriert worden waren. 695 israelische Zivilisten wurden getötet, darunter 36 Kinder sowie

-
- 1) **Rolf Verleger**: Hundert Jahre Heimatland? Judentum und Israel zwischen Nächstenliebe und Nationalismus; Westend Verlag, Frankfurt am Main, 2. Auflage 2018, S. 222f
 - 2) **Rolf Verleger**: Israels Irrtum. Eine jüdische Sicht; PapyRossa Verlag, Köln 2008, S. 108

373 Sicherheitskräfte und 71 Angehörige anderer Staaten, insgesamt also 1.139 Menschen, (zunächst war von 1.400 Toten gesprochen worden). Dass dieses Massaker für Israel absolut „präzedenzlos“ (Moshe Zuckermann) ist, wird deutlich, wenn man dagegenhält, dass hier in wenigen Stunden mehr Israelis von Palästinensern getötet wurden als in den ersten zehn Jahren des neuen Jahrtausends; da waren es 1.083 Menschen, davon 741 Zivilpersonen.

Bei ihrem Abzug entführten die Aggressoren mehr als 240 Menschen in den Gazastreifen; in zwischen wurden 105 Geiseln gegen 240 in israelischen Gefängnissen inhaftierte palästinensische Häftlinge ausgetauscht (Stand: 10.12.2023).

Weniger bekannt ist, dass laut israelischen Medien am 7. Oktober „eine noch unbestimmte Zahl an (israelischen) Zivilisten von israelischen Soldaten und Panzern getötet“³⁾ worden ist, als diese die Angreifer beschossen.

Noch am selben Tag eröffneten laut der *Times of Israel* Kampfhubschrauber der IDF den Bombenkrieg gegen Gaza, wo sie mehr als 16 Tonnen Munition „auf Hamas-Einheiten im Gazastreifen“ abwarfen.

Warum war man auf diesen Angriff nicht vorbereitet?

Zunächst hieß es, der Überfall sei „völlig überraschend“ gekommen. Dann aber meldete der israelische Sender N12, „Ausguckposten“ hätten „schon in den Monaten zuvor von verdächtigen Bewegungen und ungewöhnlichen Aktionen im Gazastreifen berichtet, die nach Kampftraining aussahen. Die Vorgesetzten hätten aber nichts von den Bedenken hören wollen“ [...] und „drohten den Soldaten [die warnend darauf hingewiesen hatten; Anm. E.J.] mit dem Militärgericht. [...] Ein Kommandant habe ihre Sorgen beiseite gewischt: `Die Hamas ist nur ein Haufen Idioten, sie werden nichts tun.`“⁵⁾

Moshe Zuckermann, sagt dazu am 11. Oktober 2023 in einem Interview, man habe gewusst, „dass sich etwas tut“, Israel habe sogar „vom ägyptischen Geheimdienst einen Tipp bekommen“, Netanjahu habe „das jedoch in Abrede“ gestellt.⁶⁾

Für wichtiger als die Frage nach aktuellem Versagen hält Zuckermann aber den Blick auf das, was man in Israel die „**Konzeption**“ nennt: „Die Konzeption jetzt war“, so Zuckermann, „dass es den Bewohnern des Gazastreifens ökonomisch dermaßen schlimm geht, dass sie sich ruhig verhalten, wenn Katar Gelder bereitstellt und wir Israelis noch 20.000-30.000 Arbeitsplätze

3) **Ina Sembdner**: Der erwartbare Aufstand; junge Welt 23.-26. Dezember 2023

4) Ebd.

5) **Gerrit Hoekman**, Warnungen ignoriert; junge Welt, 20. November 2023

6) **Moshe Zuckermann**: „Dass viele Zivilisten im Gazastreifen umkommen, hat Israel nie bekümmert“; Interview mit **Florian Rötzer** am 11. Oktober 2023; <https://mail.google.com/mail/u/0/?ik=99e23098d7&view=pt&search=all&permthid=thread-f:1779669394572319758&simpl=msg-f:177966939457...> , S. 5/11

*bzw. Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Das war die Konzeption.“⁷⁾ Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass „die Israelis [...] Geburtshelfer der **Hamas** gewesen“ seien. „In den 1970er und 1980er Jahren wurde Hamas gefördert, teilweise auch finanziert, um einen Keil zwischen die Hamas-Palästinenser und die PLO-Palästinenser zu schieben. Über Jahre war das auch die Politik von Netanjahu: Hamas darf nicht gestürzt werden. Wir bekämpfen sie, bombardieren sie, aber sie dürfen nicht gestürzt werden. Wir brauchen ja Hamas. Das war bis vor kurzem mehr oder weniger die Politik.“⁸⁾ [...] Wer Hamas gefördert hat, war unter anderem Israel.“⁹⁾*

Nach Zuckermanns Einschätzung war eines der **Ziele** der Hamas, sich mit diesem Massaker als einzig wirksame Widerstandsorganisation zu profilieren; dies vor allem gegenüber der PLO, ihrem größten Feind. Doch betont er: „Wir wissen genau, was Hamas ist. Hamas ist Daesch. [...] das sind islamistische Fundamentalisten. [...] sie haben sich bei dieser Aktion als barbarische Bewegung erwiesen. Aber wir haben auch unsere eigenen Barbaren, es ist nicht nur so, dass nur sie die Barbaren sind.“¹⁰⁾

Zuckermann resümiert:

„Israel schikaniert im Grunde genommen den Gazastreifen schon seit 20 Jahren und beschwört immer wieder humanitäre Krisen herauf, wie jetzt auch wieder, wenn die Wasser- und Stromversorgung abgestellt wird. [...] Es ist vollkommen klar, dass dieses Israel im Grunde genommen über die Jahre der Aggressor gewesen ist. Die Tatsache, dass man jetzt einen Schlag ins Gesicht bekommen hat, lässt Netanjahu und Israel als Opfer erscheinen. [...] Es konnte nichts Besseres passieren, wenn ich das mal so zynisch sagen darf.“¹¹⁾

7) ebd.

8) Diese „Konzeption“ wird von **Daniel Levin** bestätigt, er bemerkt: „Man unterhielt [...] stillschweigende Übereinkünfte mit der Hamas, unterbrochen von regelmäßigen Kriegen und Scharmützeln, die von den Israelis `das Mähen des Grases´ im Gazastreifen genannt wurden. Dem lag ein fataler Irrtum zugrunde, wie der 7. Oktober 2023 endgültig offengelegt hat.“ (Daniel Levin, Keinem alles, niemandem nichts; der Freitag Nr. 7, 15. Februar 2024, S. 10)

9) **Zuckermann**, ebd. (Anm. 6), S. 7/11f

10) ebd., S. 7/11

11) ebd., S. 6/11

Exkurs: Zur Geschichte des Gazastreifens

Im Ersten Weltkrieg eroberte Großbritannien den Gazastreifen vom Osmanischen Reich. Danach gehörte das Gebiet **bis 1948** zum britischen Völkerbundmandat für Palästina.

Nach der Staatsgründung Israels 1948 kam der Gazastreifen unter ägyptische Verwaltung; etwa ein Drittel bis ein Viertel der vertriebenen 760.000 Palästinenser flohen dorthin.

1956 wurde der Streifen während des Sinai-Feldzuges **von Israel vorübergehend besetzt**, bis er an Ägypten zurückgegeben wurde.

Sechs-Tage-Krieg **1967**: Erneute Besetzung durch Israel; Errichtung von Wohneinheiten für 8.000 jüdische **Siedler** (Siedlungsblock *Gush Katif*) im Süden auf etwa 40 Prozent des Gaza-Territoriums, ausschließlich für sie zugänglich; die arabischen Bewohner wurden dadurch von ihren Feldern und Stränden abgeschnitten.

Dezember **1987**: **Erste Intifada** beginnt; blutige Kämpfe zwischen Bewohnern des Gazastreifens und israelischen Soldaten.

1996: Fertigstellung eines 37 Kilometer langer **Hochsicherheitszauns** rund um das 360 km² große, damals von etwa 900.000 Menschen bewohnte Territorium. Damit **verstärkte** Israel die bereits **1991 begonnene Abriegelung** des Gebiets, die in den folgenden Jahren immer weiter ausgeweitet wurde.

August 2005: **Abzug der Israelis aus dem Gazastreifen** unter **Ariel Scharons** Regierung. Die Abriegelung des Gazastreifens wird weiter verschärft, die Einfuhr von lebenswichtigen Gütern drastisch reduziert.

Ein Jahr zuvor hatte Scharons Berater **Dov Weisglass** die **Ziele des geplanten Rückzugs** erklärt: „*Der eigentliche Sinn des Rückzugs ist das Einfrieren des Friedensprozesses. Wenn das gelingt, gibt es keinen palästinensischen Staat und keine Gespräche über Flüchtlinge, Grenzen und den Status von Jerusalem.*“ Der Rückzug aus Gaza sei *„die Dosis Formalin, die man*

braucht, um zu verhindern, dass es zu einem politischen Dialog mit den Palästinensern kommt.“¹²⁾

2006 gewinnt die „mit israelischer Unterstützung [...] als Gegenkraft zur Fatah“¹³⁾ 1987 gegründete **Hamas** die **Parlamentswahlen** in den palästinensischen „Autonomiegebieten“. **EU** und **USA** stoppen ihre Finanzhilfen an die „Autonomiebehörde“. **Israel** behält palästinensische Steuereinnahmen ein, beginnt mit einer Blockade der Mittelmeerküste des Gazastreifens und führt mehrere Angriffe auf den Streifen durch (z.B. „Operation Sommerregen“, „Operation Herbstwolken“ von Juni bis November mit mehreren hundert Getöteten).

Juni **2007**: „Regierung der Nationalen Einheit“ (Hamas und Fatah) bricht auseinander. Die **Hamas** vertreibt die Fatah aus dem Gazastreifen und **regiert** dort seitdem **allein**.

Erbitterte Kämpfe zwischen Splittergruppen rivalisierender „Bruderparteien“.

Bei israelischen Militäroperationen, u.a. der „Operation Warmer Winter“, kommen etwa 290 Palästinenser ums Leben.

Zu dieser Zeit sind 59 Prozent der Bewohner des Gazastreifens auf UN-Hilfen angewiesen.

12) **Navid Kermani**: Auch wir lieben das Leben. Palästina 2005; in: Ders.: Ausnahmezustand. Reisen in eine beunruhigte Welt; Verlag C. H. Beck, München 2013 / Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg, Frankfurt am Main, S. 219.

Über den Umgang der israelischen Soldaten mit Palästinensern schreibt Kermani, er könnte „Beispiele anführen, wie Palästinenser jeden Tag gedemütigt werden, in ihrer Würde verletzt, als Verbrecher behandelt, in Käfigen eingeschlossen, an geladenen Sturmgewehren vorbeigetrieben. Das sind alltägliche Erfahrungen im Leben so gut wie aller Palästinenser. Wann immer sie von A nach B wollen, laufen sie vor einem geladenen, auf sie gerichteten Sturmgewehr vorbei. Am Checkpoint vor Gaza, der so monströs ist wie früher die innerdeutschen Grenzübergänge, nur dass die Palästinenser nicht in Autos sitzen, sondern wie Schweine rennend durch die Schleusen geschickt werden, fragte mich ein israelischer Soldat, was ich denn dort verloren habe. Ob ich Tierarzt sei.“ (Ebd., S. 224)

13) **Nirit Sommerfeld**: Gaza – 2020 unbewohnbar?; in: Annette Groth et al.: Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung. Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt; PapyRossa Verlag, Köln 2017, S. 97f.

Zur **Hamas** erklärt Sommerfeld weiter: „Zu ihren **Hauptaufgaben** gehörten soziale Projekte wie die Unterstützung und Bildung von Frauen, der Aufbau von Kindergärten und Krankenhäusern und ähnliches. Eine religiöse oder gar islamistische Bedeutung kam ihr damals nur am Rande zu und war irrelevant. Viele Palästinenser setzten große Hoffnung in diese neue Bewegung, die eine echte Alternative zur von Korruption und Intrigen durchsetzten Fatah zu werden versprach.“ (Ebd., S. 98)

19. September 2007: Israel erklärt den Gazastreifen zu „`feindlichem Territorium´ und verwandelt die Blockade in eine **Hungerblockade**. „**Dov Weisglass**, *beschrieb die Hungerblockade als `Diät´ für die Palästinenser, bei der diese nicht verhungern, aber sicherlich dünner werden würden. Seitdem wird nur genau die Menge an Nahrungsmitteln – präzise berechnet von israelischen Experten – in das Gebiet gelassen, die erforderlich ist, um die Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren. Alles, was darüber hinausgeht – Schulhefte, Stifte, Druckerpatronen, Musikinstrumente, Ersatzteile für Maschinen, Gewürze, Schokolade -, ist nicht erlaubt. [...] Vertreter der israelischen Regierung [erklärten einigen] US-Diplomaten 2008, dass die Wirtschaft im Gazastreifen `am Rande des Zusammenbruchs gehalten´ werden sollte, ohne sie `ganz über die Kante zu stoßen´. Israel wolle, dass die Wirtschaft des Streifens `auf dem niedrigst möglichen Niveau funktioniere, sodass eine humanitäre Krise gerade noch vermieden werden könne.*“¹⁴⁾

Ende 2008 / Anfang 2009: „**Operation Gegossenes Blei**“: ca. 1.400 Getötete in 22 Tagen, fünfeinhalbtausend Verletzte.

Materielle Schäden: Mehr als 3.300 vollständig und über 11.000 teilweise zerstörte Häuser „*sowie die gesamte ökonomische Struktur und ein großer Teil der Infrastruktur*“.¹⁵⁾
 „Goldstone-Report“ weist zahlreiche Kriegsverbrechen der israelischen Armee aus.

.....
 14) *Der Standard*, Israel hält Gaza am Rande des Zusammenbruchs, 5.11.2011 unter <http://derstandard.at/1293370052467/Wikileaks-israel-haelr-gaza-am-rande-des-zusammenbruchs>; zitiert nach:

Petra Wild, *Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina. Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat*, Promedia Verlag, Wien 2013³, S. 188f

15) **Petra Wild**, ebd., (Anm. 14), S. 190.

„*Die israelische Organisation **Israeli Committee Against House Demolitions (ICAH)** schätzt, dass im Zeitraum von Juni 1967 bis März 2020 rund 55.000 palästinensische Wohnhäuser und andere Einrichtungen durch Israel demoliert worden sind – als Folge von Strafmaßnahmen, wegen mangelnder Genehmigungen oder im Zuge von Militäroperationen*“; vgl. **Muriel Asseburg**: *Palästina und die Palästinenser*, Verlag C.H.Beck, München 2021, S. 89

Die Hamas hatte seit 2005 auch immer wieder Raketenangriffe auf Israel durchgeführt und dort Menschen getötet. Und nicht nur das – es gab über viele Jahre hinweg in israelischen Städten Messerangriffe auf offener Straße, auf Märkten oder an anderen Orten, an denen sich viele Menschen aufhielten; in der israelischen Öffentlichkeit sehr gefürchtet waren Selbstmordattentate, bei denen sich Palästinenserinnen und Palästinenser in oft voll besetzten Bussen in die Luft sprengten und dabei jedes Mal zahlreiche Menschen mit in den Tod rissen. Die *Anzahl* der israelischen Opfer insgesamt stand aber immer in keinem Verhältnis zu der Zahl der Opfer im Gazastreifen. Während der „*Operation Gegossenes Blei*“ sagte der „*damalige Innenminister Meir Sheeritt [...] in einem Interview [...], als er damit konfrontiert wurde, dass Israel der Bevölkerung des Streifens 100 Mal höhere Verluste zufüge als der Widerstand Israel: `Das ist die Idee hinter der Operation`.*“¹⁶⁾

- **2012:** Raketen aus Gaza treffen erstmals u.a. auch Tel Aviv; massive militärische Reaktion Israels;
- **2014:** Raketenbeschuss aus Gaza – israelische Militäroffensive fordert 1.400 getötete Palästinenser, darunter 800 Frauen und Kinder;
- **2021:** Luftangriffe Israels nach Raketeneinschlägen aus Gaza.

.....
 16) Petra Wild, ebd., (Anm. 14), S. 192

Der „Osloer Friedensprozess“

9.-10. September 1993: Einigung zwischen Israel und PLO über gegenseitige Anerkennung; PLO erkennt Existenzrecht Israels an.

1994: Jassir Arafat, Yitzhak Rabin und Shimon Peres erhalten Friedensnobelpreis.

26. September 1995: Unterzeichnung des sogenannten Interims- oder Oslo-II-Abkommens zwischen Israel und der PLO; Ost-Jerusalem als prospektive Hauptstadt eines künftigen selbstständigen palästinensischen Staates bleibt ausgenommen; die **Westbank** wird in **drei Zonen** unterteilt:

- „In der **Zone A**, ca. 18 % der Westbank mit ca. 50% der Bevölkerung, übt die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) die volle Kontrolle aus (sofern von `voll` in Anbetracht der Tatsache, dass die Palästinenser*innen keinerlei Kontrolle über Grenzen ausüben und die israelische Armee jederzeit einmarschieren kann, die rede sein kann);
- **Zone B**, ca. 18% des Gebiets mit etwa 40% der Bevölkerung, untersteht palästinensischer Zivilverwaltung und `gemeinsamer` israelisch-palästinensischer Sicherheitsverwaltung, wobei Israel aber z.B. auch über Baugenehmigungen entscheidet.
- **Zone C**, die 60% der Westbank und etwa 6% der palästinensischen Bevölkerung umfasst, die aber zugleich das fruchtbarste Land der Westbank darstellt und nicht zuletzt darum viele israelische Siedlungen enthält, ist komplett israelisch kontrolliert.

Diese Regelung sollte eigentlich für eine Übergangsphase von fünf Jahren gelten und dann sollten auch die B- und C-Gebiete in palästinensische Kontrolle überführt werden. ¹⁷⁾

4. November 1995: Yitzhak Rabin wird von dem rechtsextremistischen Studenten Ygal Amir ermordet. Shimon Peres als Nachfolger Rabins im Amt des Ministerpräsidenten führt die Politik seines Vorgängers weiter.

29. Mai 1996: Koalition um die konservative Likud-Partei gewinnt die Parlamentswahl, Benjamin Netanjahu wird Ministerpräsident.

1996: Friedensprozess gerät ins Stocken, u.a. wegen der Grundsteinlegung für eine israelische Siedlung im Ost-Jerusalem Stadtteil Har Choma (Protest dagegen u.a. auch von der UN-Vollversammlung im April 1997).

.....

17) **Wiebke Diehl:** Enteignung, Entrechtung, Vertreibung. Die israelische Siedlungspolitik in der Westbank und in Jerusalem; in: Annette Groth et al., Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung. Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt; PapyRossa Verlag, Köln, 2017, S. 122f (Anm. 10)

13. Oktober 1998: Wye-River-Abkommen unterzeichnet: Verpflichtung Israels zum Rückzug aus 13% der Westjordanland-Gebiete, zur Öffnung einer „sicheren“ Transitroute zwischen Westjordanland und Gazastreifen sowie zur Freilassung von 700 palästinensischen Gefangenen; PLO bereit zur Streichung antiisraelischer Passagen aus ihrer Charta.

17. Mai 1999: Ehud Barak (Arbeitspartei) gewinnt Wahl gegen Netanjahu.

11.-25. Juli 2000: Gipfeltreffen „**Camp David II**“; Ziel: Einigung über den permanenten Status der palästinensischen Gebiete; Abkommen scheitert.

28. September 2000: Ariel Sharon, Chef der israelischen Rechten, „besucht“ den Tempelberg; gewalttätige Auseinandersetzungen, 100 Palästinenser und acht Israelis sterben.

Folgeverhandlungen scheitern.

Fazit:

*„Die Friedensverhandlungen [...] verliefen [...] so, wie der **spätere Außenminister Shlomo Ben-Ami** sie charakterisiert hat: `der Osloer Friedensprozess sollte zu einer permanenten neokolonialen Abhängigkeit in den besetzten Gebieten führen, bei der den Palästinensern ein gewisses Maß an örtlicher Autonomie zugestanden werden sollte`. [...] die Einrichtung der Autonomiebehörde (Palestinian Authority, PA), die auch schon in Camp David Gegenstand der Überlegungen war, sollte die Kontrolle der Israelis erleichtern, nicht aber die Errichtung eines palästinensischen Staates vorbereiten, wie er von der UNO in der Resolution 181 vorgesehen war. Die PLO verpflichtete sich, die Vernichtung Israels als ihr Ziel aus ihrer Charta zu streichen. Jedoch blieben die entscheidenden Themen wie der Status Jerusalems, die Flüchtlingsfrage oder die Siedlungen im Westjordanland in dem Abkommen ausgespart.“¹⁸⁾*

18) **Norman Paech:** 100 Jahre Widerstand ohne Lösung; in: Annette Groth et al., Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung. Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt; PapyRossa Verlag, Köln 2017, S. 175f

Die Reaktion der israelischen Regierung auf den Angriff vom 7. Oktober 2023

Sofortige massive und bis heute anhaltende Bombardierung des Gazastreifens;

Einsatz von Bodentruppen mit außerordentlich vielen Todesopfern in der Zivilbevölkerung (in den ersten vier Monaten vermutlich mehr als 27.000 Menschen getötet, über 60.000 Verletzte und eine unbekannte Zahl Verschütteter);

Regierungschef Netanjahu rechtfertigt das mit dem Ziel einer vollständigen Vernichtung der Hamas und ihrer militärischen Strukturen;

Deutsche Medien wie z. B. die **Jüdische Rundschau** versichern noch Anfang November, bei den Angriffen tue „Israel alles in seiner Macht Stehende [...], um den Tod von Zivilisten zu vermeiden“¹⁹⁾, als bereits bekannt ist, dass „nach offiziellen Angaben bis zum frühen Mittwochnachmittag (1. November; E.J.) 8.796 Palästinenser getötet [wurden]. 3.648 sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gewesen.“²⁰⁾

In einem Leitartikel wird gar gefordert, Deutschland solle „unverbrüchlich zu Solidarität, Staatsräson und Freundschaft“ mit Israel stehen – und zwar „egal, was in Gaza passiert.“²¹⁾

Und **Bundeskanzler Scholz** führt Ende Oktober 2023 vor Kameras aus:

„Israel ist ein demokratischer Staat mit sehr humanitären Prinzipien, die ihn leiten. Und deshalb kann man sicher sein, dass die israelische Armee auch bei dem, was sie macht, die Regeln beachten wird, die sich aus dem Völkerrecht ergeben. Da habe ich keinen Zweifel.“²²⁾

Er sagte das, als nach Mitteilung von UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, durch die israelischen Luftangriffe bis dahin bereits allein „2.260 Kinder getötet und 5.364 verletzt“²³⁾ worden waren.

Die Realität sah also schon zu der Zeit leider anders aus.

Rolf Verleger schrieb bereits vor Jahren: „Israel ist ein Land mit einer Hightech-Rüstungsindustrie, die auf der Welt ihresgleichen sucht. Wenn dieses Land im Krieg vor allem Zivilisten umbringt, ist das kein Kollateralschaden, sondern Teil der Strategie.“²⁴⁾

19) **Marc Erlbaum**/JNS.org: „An meine nicht-jüdischen Freunde über Israels Krieg“ – Was unsere Freunde und Nachbarn über Israels Kampf ums Überleben unbedingt wissen sollten“; Jüdische Rundschau, November 2023

20) **Knut Mellenthin**: Friedhof für Kinder; junge Welt, Donnerstag, 2. November 2023, S. 1

21) **Eva Quadbeck**, Eine harte Prüfung; Oberhessische Presse, Donnerstag, 12. Oktober 2023, S. 12)

22) (<https://www.stern.de/panorama/video-scholz--israel-wird-bei-angriffen-voelkerrecht-einhalten-33947360.html>)

23) **Knut Mellenthin**: Bombenkrieg abgenickt; junge Welt, 28./29. Oktober 2023, S. 1

24) **Rolf Verleger**, Hundert Jahre ..., ebd. (Anm. 1), S. 54f

Moshe Zuckermann erklärt: „Die Tatsache, dass viele Zivilisten im Gazastreifen [...] umkommen, hat Israel nie bekümmert. Benny Gantz, von dem alle so große Stücke halten, hatte seine politische Karriere mit dem Spruch begonnen, [...] dass er im Krieg von 2014, als er Generalstabschef war, 1400 Palästinenser getötet habe. Davon waren über 800 Leute Frauen und Kinder. Das hat ihm aber nicht geschadet. In Israel hat man ganz im Gegenteil gesagt, das ist okay. Über die palästinensischen Opfer macht sich sowieso niemand Gedanken.“²⁵⁾

Und **Gideon Levis** Erfahrungen: „Gaza verwöhnt Israel mit Luxuskriegen. Es gibt nichts, was die Israelis mehr lieben als einen Krieg gegen eine Nicht-Armee, gegen jene, die keine Deckung aus der Luft haben, keine Panzer und keine Artillerie, bloß eine Armee von Barfüßigen und Tunneln, [...] Israelische Bombardements gegen Hilflose, aus irgendeinem Grund Krieg genannt, mit minimalen israelischen und maximalen palästinensischen Opfern [...]“²⁶⁾

Laut der israelischen Organisation ehemaliger Soldat:innen **Breaking the Silence** hat Israel in Gaza vom ersten Tag an unverhältnismäßige Gewalt eingesetzt, so wie auch im Libanon-Krieg 2006. Damals wurde die sog. „**Dahiye-Doktrin**“ praktiziert, die der Reserveoffizier **Gabriel Siboni** 2008 so beschrieb:

„Bei einem Ausbruch von Feindseligkeiten wird es notwendig sein, dass die IDF sofort, entschlossen und mit einer Gewalt handelt, die in keinem Verhältnis steht zu den Aktionen des Feindes und der Gefahr, die er darstellt. Solch eine Antwort zielt darauf, zu bestrafen und in einem Ausmaß Schaden zu verursachen, der lange und teure Wiederaufbauprozesse erfordern wird.“²⁷⁾ Und so versprach Regierungschef **Netanjahu** am 8. Oktober: „Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen.“

Es ist ohne Zweifel ein „mörderisch-eliminatorischer“ Hass auf Juden bzw. Israelis, der die Hamas-Attentäter antrieb. Ein ebensolcher Hass auf Palästinenser treibt aber ganz offensichtlich – wie die folgenden Äußerungen dokumentieren - auch die führenden Akteure in der Politik, der Armee und der Presse Israels, weshalb die Inhaber der Macht auf beiden Seiten durchaus als „Brüder im Geiste“ gesehen werden können:

- Verteidigungsminister **Yoav Gallant** am 9. Oktober im Fernsehen:
„Gaza wird vollständig abgeriegelt. Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen Tiermenschen und handeln entsprechend.“

25) **Moshe Zuckermann**, a.a.O. (Anm. 6), S. 6/11

26) **Gideon Levy**, Israel loves wars, in: Haaretz, 2.3.2017, siehe: www.haaretz.com; zitiert nach: Karin Kulow: Ist eine Zwei-Staaten-Lösung noch möglich?; in: **Annette Groth** et al.: Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung. Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt; PapyRossa Verlag, Köln, 2017, S. 248

27) **Petra Wild**, ebd. (Anm. 14), S. 190f

- **Tally Gotliv**, eine Abgeordnete der Regierungspartei, am 9. Oktober in der Knesset: *„Jericho-Rakete! Weltuntergangswaffe. Das ist meine Meinung. Mächtige Raketen sollen ohne Grenzen abgefeuert, Gaza zerschlagen und dem Erdboden gleichgemacht werden. Ohne Gnade.“*
- Der Sprecher der israelischen Armee, **Daniel Hagari**, am 10. Oktober in Haaretz: *„Wir werfen Hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Focus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“*
- **Ezra Yachin**, ein Veteran der israelischen Armee, am 13. Oktober vor Reservisten: *„Löscht ihre Familien aus, ihre Mütter und Kinder. Diese Tiere dürfen nicht länger leben.“*²⁸⁾
- Und **Bezalel Smotrich**, Vorsitzender der rechtsextremen religiös-zionistischen Partei *Tkuma*, Minister und Kabinettsmitglied, sagte gegenüber Israels größter Tageszeitung Israel *HaYom*: *„Lasst den Gazastreifen von mir aus verrotten, lasst sie an Hunger, Durst und Malaria sterben.“* Eine solche Politik solle vom *„Öffnen von Gazas Toren für eine massive Auswanderung“* begleitet werden.²⁹⁾

Bereits 2008 hat **Rolf Verleger** gefragt: *„Gibt es aktuell irgendeinen einsehbaren Grund für Palästinenser, den israelischen Staat nicht zu hassen?“*³⁰⁾

„Das vorläufige Ergebnis: Binnen vier Wochen sind in Gaza mehr als doppelt so viele Frauen und Kinder dem Kriegsgeschehen zum Opfer gefallen, wie in der Ukraine seit Kriegsbeginn durch Verbrechen der russischen Armee den Tod fanden.“ Und: *„In keinem Konflikt weltweit haben die Vereinten Nationen bisher so viel Personal verloren wie in Gaza: 100 Mitarbeiter:innen kamen bei den Angriffen seit dem 7. Oktober ums Leben“*³¹⁾ (Stand: 10. November 2023) - wie auch bis zum 27. Januar 2024 83 Medienschaaffende.

*„Raz Segal, israelischer Holocaust- und Genocidforscher [...] in New Jersey, USA, nennt diesen Krieg 'Ein Lehrbuchfall des Völkermords', und 800 Rechtswissenschaftler in den USA schätzen in einer gemeinsamen Erklärung schon die totale Abriegelung des Gazastreifens als 'möglicherweise genocidal' ein.“*³²⁾

28) Alle Zitate aus: **Norman Paech**, „Schwerter aus Eisen“ – ein Völkermord in Gaza; Manuskript, Hamburg, 31. Oktober 2023, S. 2; <https://www.nachsenkseiten.de/wp-print.php?p=106148>,

29) **Omri Boehm**, Israel – eine Utopie; Berlin 2020, S. 37

30) **Rolf Verleger**: Israels Irrweg, ebd. (Anm. 2), S. 115

31) **medico international** am 10. November 2023: Erklärung „Den Horror in Gaza beenden“

32) **Norman Paech**: „Schwerter aus Eisen“, ebd. (Anm. 28), S. 3

Israels Recht auf Selbstverteidigung und die „deutsche Staatsräson“

Bei einer **Abstimmung** über einen **Waffenstillstand** in der UNO-Generalversammlung im Oktober 2023, in der 120 Staaten einen Waffenstillstand forderten, enthielt sich die **deutsche Bundesregierung**, bekräftigte aber außerhalb des Plenarsaals ihre ablehnende Haltung mit dem Verweis auf Israels „**Recht auf Selbstverteidigung**“ nach **Artikel 51** der **UN-Charta**.

In der Debatte über den derzeitigen Krieg Israels im Gazastreifen wird, zumindest im „Wertewesten“, nicht bezweifelt, dass Israel - wie jeder andere Staat – dieses Recht selbstverständlich auch für sich in Anspruch nehmen kann. Doch die Sache scheint komplizierter zu sein.

Im März 2009 legte **Richard Falk**, spezieller Berichterstatter zu den palästinensischen Gebieten, dem UN-Menschenrechtsrat in Genf einen Bericht vor, in dem er Israels Armee nicht nur „*Kriegsverbrechen*“ von „*größter Tragweite*“ während der Militäraktion „Gegossenes Blei“ vom 27. Dezember 2008 bis zum 18. Januar 2009 im Gazastreifen vorwarf, sondern die Berechtigung des Landes zu diesem Angriff grundsätzlich in Zweifel zog. Die **Neue Zürcher Zeitung** berichtete in ihrer Ausgabe vom 26.03.2009 darüber, aus der im Folgenden ausschnittsweise zitiert wird; auch für den gegenwärtigen Konflikt dürfte Falks damalige Analyse relevant sein.

„Falks Bericht beschränkt sich nicht auf Verstöße gegen das Völkerrecht bei militärischen Operationen, sondern untersucht auch die Frage nach der israelischen Berechtigung zum Angriff überhaupt. Er stellt fest, dass der Gazastreifen als besetztes Gebiet zu betrachten sei und Israel deshalb die von den Genfer Konventionen definierten Verpflichtungen einer Besatzungsmacht zu erfüllen habe, wie die Sicherstellung der Grundversorgung und des Schutzes der Zivilbevölkerung. Angesichts der Verhältnisse im dichtbesiedelten Gazastreifen sei die vom Völkerrecht geforderte Unterscheidung ziviler und militärischer Ziele wohl gar nicht möglich, sagt Falk. Wenn aber eine Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Zielen nicht gemacht werden könne, erscheine ein Angriff darauf als illegal und könne ein Kriegsverbrechen größten Ausmaßes darstellen.

[...]

Israels Rechtfertigung zum Angriff, nämlich sein Recht auf Selbstverteidigung angesichts des Raketen- und Granatenbeschusses aus dem Gazastreifen, zieht Falk in Zweifel. Er stellt die Frage, ob eine Besatzungsmacht gegenüber der besetzten Gesellschaft überhaupt ein Recht auf Selbstverteidigung beanspruchen kann. Dem Recht Israels auf Selbstverteidigung stellt Falk somit das Recht der Palästinenser auf Widerstand gegen die Besatzung entgegen. Israels Angriff widersprach laut Falk aber auch dessen Verpflichtung als Uno-Mitglied, mit allen verfügbaren Mitteln eine friedliche Lösung seines Konflikts mit der Hamas zu suchen.

[...]

Falks Argumente sprechen Israel praktisch das Recht ab, gegen die Palästinenser Gewalt anzuwenden, die über die punktuelle, unmittelbare Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung hinausgeht.“³³⁾

Gerhard Fulda³⁴⁾ diskutiert in einem Beitrag die Möglichkeit, dass „sich Gaza am 7. Oktober 2023 im Zustand einer illegalen Besatzung“³⁵⁾ befunden haben könnte. Wenn das der Fall gewesen sei, so führt er aus, „dann sind die Palästinenser mit dem Recht auf Selbstverteidigung zum Widerstand gegen die Besatzung berechtigt. Dann kann sich Israel insoweit `natürlich nicht´ auf Art. 51 der VN-Charta berufen“³⁶⁾; er betont aber, dass bei dem Hamas-Attentat „an der Qualifikation `terroristisch´ [...] keinerlei Zweifel bestehen“³⁷⁾ können. Zu der Qualifikation „illegal“ erläutert er, mit ihr würden „in der internationalen Diskussion Situationen bezeichnet, in denen im besetzten Gebiet die Selbstbestimmung der Bewohner auf lange Zeit weitestgehend aufgehoben ist. Oder wenn bei der Besatzungsmacht kein Bemühen erkennbar ist, in absehbarer Zukunft einen förmlichen Friedensschluss herbeizuführen. Beide Kriterien sind in Gaza erfüllt; und zwar so eindeutig, dass man schon ganz in die Nähe einer `veiled annexion´ gerät, einer `verschleierte Annexion´, die wie jede Annexion völkerrechtlich verboten ist.“

Gaza war also zum Zeitpunkt der Angriffe ein `illegal besetztes Gebiet´.

Eine solche Einordnung gibt den Bewohnern des besetzten Gebiets ein Recht auf Widerstand – das hat der Internationale Gerichtshof im Jahr 2004 bestätigt – so steht es im Ersten Zusatzprotokoll zu den Genfer Rotkreuz Konventionen – das ist die Sprache der Vereinten Nationen in Jahrzehnten der Entkolonialisierung.“³⁸⁾

.....
33) Hat der Besetzer ein Recht auf Selbstverteidigung? Neue Zürcher Zeitung, 26.03.2009; zitiert nach: https://www.nzz.ch/hat_der_besetzer_ein_recht_auf_selbstverteidigung-ld.555532

34) **Gerhard Fulda** ist ein deutscher Jurist, der als Diplomat in mehreren arabischen Ländern und zuletzt von 2000 bis 2004 als Botschafter in Indonesien tätig war.

35) Fulda erklärt, dass alle Länder der EU Gaza wie auch das Westjordanland als besetzte Gebiete betrachten, da alle Verbindungen von Israel kontrolliert werden – „eine Besetzung ohne Besatzungstruppen“; vgl.: Gerhard Fulda: Selbstverteidigung gegen Selbstverteidigung? NachDenkSeiten, veröffentlicht am 17. Januar 2024, S. 1

36) ebd., S. 3

37) ebd., S. 2

38) ebd.

Daniel Barenboim ³⁹⁾ wurde im Juni 2010 in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* gefragt: „*Die israelische Regierung argumentiert mit ihrem Recht auf Selbstverteidigung.*“ Und Barenboim antwortet: *„Natürlich. Wenn du ein anderes Land besetzt, dann musst du dich die ganze Zeit verteidigen.“* Die *Zeit* fragt nach: *„Halten Sie die israelische Bedrohungsanalyse nur für Einbildung oder Paranoia?“* Und Barenboim: *„Nein, die Israelis müssen sich in der Tat verteidigen, aber nur deshalb, weil sie so agieren, wie sie es getan haben und weiterhin tun.“* ⁴⁰⁾

In diesem Zusammenhang geht es hierzulande auch immer um das „**Existenzrecht Israels**“, das seit dem legendären Bekenntnis Angela Merkels 2008 vor der Knesset „**Teil deutscher Staatsräson**“ ist – eingedenk der millionenfachen Verbrechen des faschistischen Deutschlands an den Juden Europas.

Dazu noch einmal **Rolf Verleger**: *„Leider macht sich Deutschland [...] zum aktiven Teilhaber am Konflikt um Israel: Da Israel gezielt und geplant durch Vertreibung und Landraub an der arabischen Bevölkerung entstanden ist [...], sind nun also auch Vertreibung und Landraub deutsche Staatsräson. Das ist grotesk, schließlich ist die Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern eines ‚Reichs‘ erwachsen, in dem Verbrechen aller Art inklusive Vertreibung und Landraub Staatsräson waren, und hat den Wunsch und den Auftrag, die ‚Staatsräson‘ also, solche Verbrechen nie mehr zu begehen und zuzulassen. Und nun soll die Vertreibung der Palästinenser und der Raub ihres Landes deutsche Staatsräson sein? [...] Es gibt also durchaus ein Problem doppelter Loyalität: Einerseits Loyalität zu Menschenrechten, andererseits Loyalität zu Israel, und diese bedeutet Solidarität mit Vertreibung und Landraub.“* ⁴¹⁾

Uwe Krüger macht darauf aufmerksam, dass Deutschland keineswegs nur für Israel und seine Bevölkerung eine historisch fundierte Verantwortung trägt: Auch die *„Palästinenser sind Opfer des deutschen Faschismus zwischen 1933 und 1945. Ohne den Holocaust gäbe es Israel nicht – und ohne Israel hätte es die Vertreibung der Palästinenser nicht gegeben. Insofern sollte sich Deutschland auch für die Palästinenser verantwortlich fühlen.“* ⁴²⁾

Und **Norman Paech**: *„Es geht aber gar nicht um das Existenzrecht Israels. Das Existenzrecht wird gar nicht angegriffen. Angegriffen wird die Besatzung Israels, ein völkerrechtswidriges Verhalten gegenüber dem Nachbarn.“* ⁴³⁾

.....

39) **Barenboim**, Sohn russisch-ashkenasischer Eltern, Gründer des „West-Östlichen Divan-Orchesters“, bestehend aus jüdischen und arabischen Musiker:innen, hat als einziger Mensch der Welt sowohl die israelische wie auch die palästinensische Staatsbürgerschaft inne.

40) **Rolf Verleger**: Hundert Jahre Heimatland? (Anm. 1), S. 15

41) Ebd., S. 207f

42) **Uwe Krüger**, Marburg: Thesen zu „Israel – Hamas“; Manuskript, 16.10.2023, S. 1

43) **Norman Paech** am 3. November 2023 in einem Interview mit Florian Rötzer; <https://overtomagazin.de/hintergrund/politik/wer-in-der-verantwortung-zu-israel-steht-steht-auch-in-der-verantwortung-zu-palästina/>

Schließlich seien noch drei bemerkenswerte Aussagen dreier israelischer Politiker zitiert.

Einige Monate vor dem Oktoberkrieg 1973 sagte der ehemalige israelische Verteidigungsminister **Moshe Dayan** (1915 – 1981):

„Alle unsere Siedlungen sind auf den Trümmern arabischer Dörfer erbaut, und wir reißen nicht nur ihre Mauern nieder, sondern versuchen, auch ihre Namen aus den Geschichtsbüchern auszuradieren. Sie haben also sehr gute Gründe, gegen uns zu kämpfen, und wenn ich ein Araber wäre, wäre ich wohl ein Kämpfer für El Fatah.“ ⁴⁴⁾

Gideon Levi berichtet:

*„Ich interviewte einmal **Ehud Barak**, den früheren israelischen Premierminister, als er noch keiner war. Er wurde in Israel als einer der größten Kämpfer angesehen, die das Land je hatte. Er war in den besten Truppen und führte die waghalsigsten Kommandos aus. „Was täten Sie, wären Sie, General Barak, als Palästinenser geboren?“, fragte ich ihn. Er antwortete mir mit der ehrlichsten und mutigsten Antwort, die er geben konnte: „Wäre ich als Palästinenser geboren, würde ich mich einer Terrororganisation anschließen.“ Das verursachte einen Skandal in Israel. Ich schätzte seine Antwort. Denn was sonst hätte er sein können? Ein Kollaborateur mit Israel? Ein Pianist?“* ⁴⁵⁾

Und **David Ben-Gurion**, erster Ministerpräsident von Israel:

„Weshalb sollten die Araber Frieden schließen? Wir kamen hierher und stahlen ihr Land. Warum sollten sie das akzeptieren?“ ⁴⁶⁾

-
- 44) **Erich Fried**, Die israelische Tragödie, in: konkret 21, 1973, S. 46; zitiert nach: Norman Paech, Zur Geschichte des Palästinakonfliktes; in: **Annette Groth** et al. (Hg.), Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung. Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt; Köln 2017, S. 15
- 45) **Gideon Levi**: „Die israelische Gesellschaft liegt im Koma“. Zum 40. Jahrestag des Sechstagekrieges und der israelischen Besetzung
Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2007, S. 717-726
- 46) **Elisabeth Gollwitzer**: Frieden ist möglich – auch in Palästina. Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung; 3. Auflage Mai 2019, S. 21

Südafrikas Genozid-Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag

Südafrika hat am 29. Dezember 2023 beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag Klage gegen Israel wegen des Verdachts des Völkermordes im Krieg gegen den Gazastreifen eingereicht. Zufällig war dies auch der 120. Jahrestag des Aufstands der Herero im heutigen Namibia, wo die „kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika“ 1904 den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts beging.

In der 84 Seiten langen Klageschrift wird Israel unter anderem vorgeworfen, die Armee „töte Palästinenser, füge ihnen schweren geistigen und körperlichen Schaden zu und schaffe Lebensbedingungen, die auf ihre physische Zerstörung zielen.“ Unter anderem werden „Äußerungen israelischer Minister als Beleg für die Absicht des Völkermords angeführt. Südafrika spricht von `direkter und öffentlicher Anstiftung zum Völkermord`.“⁴⁷⁾ Wenige Beispiele – nach den oben bereits zitierten:

- Präsident **Jitzchak Herzog** am 14. Oktober auf einer Pressekonferenz:
„Es ist ein ganzes Volk, das verantwortlich ist. Diese Rhetorik über Zivilisten, die angeblich nicht involviert wären, ist absolut unwahr ... und wir werden kämpfen, bis wir ihr Rückgrat brechen“⁴⁸⁾,
- Energieminister **Israel Katz**: „Kein Tropfen Wasser, keine Stromatterie, bis sie aus dieser Welt scheiden“,
- **Nissim Vatzuri**, stellvertretender Parlamentssprecher: „Wir haben ein gemeinsames Ziel: den Gazastreifen vom Erdboden tilgen“
- und ein „**ehemaliger Parlamentsabgeordneter**, der am 25. Dezember 2023 sagte: `In Gaza sind sie alle Terroristen, Hundesöhne, ohne Ausnahme. Sie müssen ausgelöscht werden, alle getötet werden. Wir werden Gaza plattmachen, zu Staub verwandelt.‘“⁴⁹⁾

Maßgeblich für eine Völkermordanklage ist unter anderem der Beweis der „Absicht hinter dem Verbrechen, nicht das Verbrechen an sich“, der Nachweis, dass die „Intention der Gruppenzerstörung“ vorgelegen hat.⁵⁰⁾ Ähnliche Aussagen waren **1994** für die internationale Justiz von wesentlicher Bedeutung, als es darum ging, feststellen zu können, dass in **Ruanda** ein **Völkermord** stattgefunden hatte.

47) **Jens Kiffmeier, Lisa Mahnke**: Der Ton wird schärfer: „Arm der Hamas“ – Israel greift Südafrika mit deutlichen Worten an; Frankfurter Rundschau, 12.01.2024, S. 8/11;
<https://www.fr.de/suedafrika-voelkermord-klage-vorwurf-israel-gaza-un-internationaler-gerichtshof-den-haag-zr-92769146.html>

48) **Norman Paech**: „Schwerter aus Eisen“, ebd. (Anm. 28), S. 2

49) **Dominic Johnson**: Mit der Waffe des Rechts. Anklage wegen Völkermord;
<https://taz.de/Anklage-wegen-Voelkermord/!5981347/>, S. 2/5

50) Ebd.

In ihrer **Antwort** haben die **Anwälte Israels** alle Anklagepunkte zurückgewiesen und hauptsächlich versucht,

- „das internationale Richtergremium dazu zu bringen, die Klage Südafrikas abzuweisen,
- das Verfahren zu nutzen, um Israels Anspruch auf Selbstverteidigung in Gaza zu untermauern,
- die Vertreter Südafrikas zu diffamieren.“⁵¹⁾

Regierungschef **Benjamin Netanjahu** kommentierte den Auftritt der Anwälte Südafrikas so: „Heute sahen wir wieder einmal eine auf den Kopf gestellte Welt, in der der Staat Israel des Genozids beschuldigt wird, zu einer Zeit, in der er einen Genozid bekämpft.“ Und der Sprecher des israelischen Außenministeriums, **Lior Haiat**, warf Südafrika vor, „als juristischer Arm der Terrororganisation Hamas´ zu fungieren. Südafrika wolle der Hamas erlauben, die am 7. Oktober in Israel verübten Massaker zu wiederholen.“⁵²⁾

Die **deutsche Bundesregierung** hat kaum zwei Stunden nach Beendigung des israelischen Plädoyers in einer Erklärung den „Vorwurf des Völkermords [...] entschieden und ausdrücklich“ zurückgewiesen und behauptet: „Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage.“⁵³⁾ Sie erklärte zudem, „dass sie in das IGH-Verfahren mit einer sogenannten Nebenintervention zugunsten Israels eingreifen werde“⁵⁴⁾, falls es zu einem vollumfänglichen Verfahren kommen sollte. Damit aber erweist sie sich einmal mehr als Teil des Problems, nicht als Teil der Lösung.

Harald Neuber kommentiert: „[...] noch nie war der Widerspruch zwischen dem eigenen Anspruch der westlichen Staaten – und auch Deutschlands mit seiner sogenannten wertegeliteten Außenpolitik – und ihrer tatsächlichen Außenpolitik so offensichtlich wie in diesen Tagen.“⁵⁵⁾

51) **Harald Neuber**: Israel-Krieg und Menschenrechte: Netanjahus Werk und der Ampel Beitrag; <https://www.telepolis.de/features/Israel-Krieg-und-Menschenrechte-Netanjahus-Werk-und-der-Ampel-Beitrag-9602467.html?view=print>, 19. Januar 2024, S. 3/5.

Neuber berichtet: „Der israelische Vertreter **Tal Becker** eröffnete die Erwiderung mit der Behauptung, dass die Klage Südafrikas `das faktische und rechtliche Bild zutiefst verzerrt´ habe und versuche, die jüdische Geschichte auszulöschen. Er warf dem südafrikanischen Team vor, dass ihre juristischen Argumente sich kaum von der Rhetorik der Hamas unterschieden und beschuldigte sie, den Begriff `Völkermord´ als Waffe zu benutzen.“ (Ebd., S. 3/5f)

52) **Kiffmeier / Mahnke**, ebd. (Anm. 47), S. 2/11

53) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA), Pressemitteilung 10, Freitag, 12. Januar 2024: Erklärung der Bundesregierung zur Verhandlung am Internationalen Gerichtshof; (vgl. den Wortlaut der Erklärung im Anhang (Dokument 7)

54) **Harald Neuber**, ebd. (Anm. 51), S. 2/5;

55) Ebd., S. 2/5f

Jeremy Scahill schreibt im Online-Magazin *Intercept*: „`At The Hague, Israel Mounted a Defense Based in an Alternate Reality`“ – „die israelischen Vertreter vor dem IGH stützten ihre Verteidigungsstrategie auf eine alternative Realität.“⁵⁶⁾

In einem vorläufig jüngsten Coup hat Israel Vorwürfe gegen das **UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)** vorgebracht, denen zufolge „zwölf der 13.000 UNRWA-Mitarbeiter im Gazastreifen [...] an den Angriffen vom 7. Oktober beteiligt gewesen [wären]. Das entsprechende Dossier liegt nach Angabe von Medien der US-amerikanischen Regierung vor, ist aber öffentlich nicht zugänglich und sein Inhalt dementsprechend nicht überprüfbar. Gleiches gilt für ein israelisches Geheimdienstdokument, laut dem zehn Prozent aller UNRWA-Mitarbeiter im Gazastreifen Verbindung zur Hamas oder zum Islamischen Dschihad unterhalten sollen. [...] 190 UNRWA-Mitarbeiter sollen demnach gar zum `harten Kern von Kämpfern, Killern` gehören.“⁵⁷⁾ Das UN-Hilfswerk hat sofort eine Untersuchung eingeleitet und neun der genannten Mitarbeiter „vorsorglich“ entlassen, die übrigen drei sind bei israelischen Angriffen bereits getötet worden.

16 Regierungen, darunter die USA und Deutschland, haben spontan reagiert und schon zugesagte Zahlungen an UNRWA ausgesetzt; dessen Direktor für humanitäre Angelegenheiten im Gazastreifen sagte, „es sei `schwer vorstellbar, dass die Menschen diese Krise ohne UNRWA überleben`.“⁵⁸⁾

Interessant ist nun, dass die Vorwürfe just an dem Tag erhoben wurden, „an dem der Internationale Gerichtshof verfügte, Tel Aviv müsse Maßnahmen zur Verhinderung eines Völkermords im Gazastreifen ergreifen und ausreichend humanitäre Hilfsgüter in die Küstenenklave lassen.“ Außerdem: „Ende Dezember berichteten israelische Medien von einem geheimen Plan des Außenministeriums, UNRWA aus dem Gazastreifen zu verdrängen. Zunächst solle dem UN-Hilfswerk angedichtet werden, es kooperiere mit der Hamas.“⁵⁹⁾ Danach sei die Reduzierung seiner Arbeit und nach Kriegsende die Übertragung der Aufgaben auf eine zukünftige Regierung im Gazastreifen geplant.

.....

56) Ebd., S. 3/5

57) **Wiebke Diehl**: Westen befeuert Katastrophe. Gazastreifen: israelische und verbündete Politiker wollen UNRWA nach Vorwürfen zerschlagen. Internationale Organisationen sind alarmiert; *junge Welt* Nr. 29, 3./4. Februar 2024, S. 3

58) ebd.

59) **Wiebke Diehl**: Schon lange im Visier. Flüchtlingsfrage steht im Zentrum von Israels Feindschaft zu UNRWA; ebd. (Anm. 56), S. 3

Wie könnte der Konflikt zu einem guten Ende gebracht werden? - Perspektiven

Wie nach dem Krieg die Beziehungen Israels zu seinen palästinensischen Nachbarn zu gestalten wären, ist von **Regierungschef Netanjahu** bisher nichts zu erfahren, er betont nur immer wieder, die Hamas und ihre militärischen Strukturen vollständig „*eliminieren*“ und aller Geiseln befreien zu wollen. Sein wahres **Ziel**, das er seit seinem ersten Amtsantritt als Ministerpräsident im Mai 1996⁶⁰⁾ vor Augen hat, ist ein „Groß-Israel“ – Israel „from the river to the sea“; eine entsprechende Karte, die die palästinensischen Gebiete nicht kennzeichnet, sondern sie Israel zurechnet, zeigte er wieder am 22. September 2023 in einer Rede vor der UN-Vollversammlung. „Groß-Israel“ kann allerdings nur unter der Voraussetzung einer zweiten Nakba realisiert werden; dennoch erwägt die Regierung, die gesamte Bevölkerung des Gaza-Streifens in die Sinai-Wüste „*umzusiedeln*“. Das wäre zwar ebenso völkerrechtswidrig wie die jahrzehntelange Besatzung, gleichwohl sind solche Ideen von Anfang an immer auch Teil zionistischer Denks gewesen. „*Im Jahr 1895 schrieb Theodor Herzl in sein Tagebuch: Die arme palästinensische Bevölkerung `trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern`.*“⁶¹⁾

Im israelischen Militär bezweifelt man mittlerweile, dass die beiden genannten Kriegsziele erreicht werden können. Der ehemalige General **Gadi Eisenkot**, der „*dem Kriegskabinett als Minister ohne Geschäftsbereich*“ angehört, hat „*in einem Interview mit dem privaten Fernsehsender Kanal 12 auch schon offen gesagt: Das Gerede von einem vollständigen Sieg über die Hamas sei unrealistisch und entspreche nicht der Wahrheit. Versuche, die noch über 100 israelischen Geiseln gewaltsam zu befreien, würden mit deren nahezu sicherem Tod enden. Ohne einen mit der Hamas vereinbarten Austausch sei es unmöglich, sie lebend nach Hause zu holen.*“⁶²⁾

60) bis Mai 1999 war er Regierungschef, danach von 2009 ununterbrochen bis heute.

61) **Omri Boehm**: Ebd. (Anm. 29), S. 102f

62) **Knut Mellenthin**: Zweifel am „totalen Sieg“. Ranghohe israelische Militärs bewerten Kriegslage und Geiselnbefreiung skeptisch; junge Welt, 24. Januar 2024, S. 6

Nun sollten doch 75 Jahre andauernde Erfahrungen mit israelischer Besatzung und palästinensischer Gegenwehr nach menschlichem Ermessen ausreichen, damit im israelischen Machtapparat erkennbar wird, dass der Konflikt weder weiterhin verwaltet noch mit den bisherigen Methoden einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung zugeführt werden kann.

In diesem Sinne fordert **Shimon Stein**, Israels früherer Botschafter in Deutschland, in einem Interview: *„Israel muss vom Konfliktmanagement nun zur Konfliktlösung kommen“*; und er führt weiter aus: *„Sowohl Palästinenser als auch Israelis müssen sich einem Paradigmenwechsel stellen. Unser Ziel muss ein Ausgleich zwischen Israel und Palästinensern sein.“* [...] Von der deutschen Bundesregierung erwartet er, dass sie *„klare Positionen [...] zu den langfristigen Interessen Israels“* bezieht – *„und gegen die jetzige Regierung. [...] „Netanjahu muss aufhören, das ganze Land in Geiselhaft zu nehmen, weil er persönlich politisch überleben will. [...] Netanjahu und seine Regierung sind ein Hindernis“*, sagt er und fordert: Sie *„müssen weg, um den Weg für einen Anfang zu ermöglichen.“* Mit einer *„großen Konferenz“* könne ein solcher Prozess begonnen werden; der UN-Sicherheitsrat könnte *„eine Resolution verabschieden, die die Resolution 242 von 1967 ergänzt“*, die seinerzeit *„den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und im Gegenzug eine Anerkennung Israels und Respektierung seiner Sicherheit“* gefordert habe. Endlich aber müsse *„damit begonnen werden, eine Zweistaatenlösung zu verwirklichen.“*⁶³⁾

Die zwei in den öffentlichen Debatten diskutierten prominentesten Zukunfts-Optionen sind zum einen die sogenannte **„Zwei-Staaten-Lösung“**, der Traum aus den 1990er Jahren, sowie die **„Ein-Staaten-Lösung“**, mit der ein säkulares Gemeinwesen geschaffen werden soll, das allen Staatsangehörigen die gleichen Rechte (und auch Pflichten) garantiert, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit und ethnischen Herkunft.

63) Interview mit **Shimon Stein**: *„Deutschland muss die Keule nehmen“*; Oberhessische Presse, Freitag, 9. Februar 2024

Die Zwei-Staaten-Lösung

Die ungeachtet ihres Scheiterns in den 1990er Jahren immer noch favorisierte „**Zwei-Staaten-Lösung**“ mit Ost-Jerusalem als palästinensischer Hauptstadt böte gewiss den Vorteil, dass die verfeindeten Völker nach diesem furchtbaren Krieg die Möglichkeit bekämen, sich in zwei getrennten Staaten zunächst zu konsolidieren, gegenseitigen Hass abzubauen, allmählich Beziehungen zueinander aufzubauen und ihren Friedenswillen und ihre Friedensfähigkeit zu beweisen, bevor es vielleicht später irgendwann einmal zu einem Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat kommen könnte.

Die sich auftürmenden Schwierigkeiten scheinen bei näherer Betrachtung allerdings schier unüberwindlich zu sein, ist doch das **Westjordanland** alles andere als ein zusammenhängendes Territorium. Hier wurden bis heute, über das gesamte Gebiet verstreut, nach offiziellen Angaben mittlerweile 90 bis 100 israelische Außenposten und 133 Siedlungen errichtet. Der Rest des Landes ist eine Art Flickenteppich, auf dem die palästinensischen Dörfer und Städte ohne direkte Verbindungen untereinander liegen. Wie daraus ein zusammenhängendes Staatsgebiet entstehen soll, ist kaum vorstellbar, zumal die etwa vierhunderttausend jüdischen Siedler aus dem Westjordanland und die dreihunderttausend aus dem besetzten Jerusalemer Umland in das israelische Kernland evakuiert werden müssten, was zu einem israelischen Bürgerkrieg führen könnte.

Gleichwohl wird die Zwei-Staaten-Lösung von vielen für alternativlos gehalten, zum Beispiel von **Norman Paech**. Es gibt, sagt er, „nach wie vor den Vorschlag der PLO, dass alle Siedler, die in dem neuen Staat bleiben wollen, bleiben können. Einzige Bedingung sei, die Souveränität des neuen Staates anzuerkennen, wie es für die Palästinenser in Israel seit langem selbstverständlich ist. Jene aber, die zu einer Anerkennung nicht bereit seien, müssten das Land verlassen und nach Israel zurückkehren. Der Vorschlag wurde seinerzeit von der Siedlerbewegung rundherum abgelehnt.“

Dennoch sehe ich“, schreibt Paech, „keine Alternative, auf diesen Vorschlag zurückzukommen, wenn dieser Krieg zu Ende geht. Es genügt nicht, Gaza wiederaufzubauen, die Vertriebenen neu anzusiedeln. Die ganze palästinensische Gesellschaft muss von der Last der Besatzung und der permanenten Gewalt befreit werden. Der 7. Oktober 2023 sollte erwiesen haben, dass Frieden in dieser Region nur mit der Souveränität und Gleichberechtigung beider Völker zu erreichen ist.“⁶⁴⁾

.....

64) **Norman Paech**: Für ein Szenario des Friedens. Nahostkonflikt: Eine Lösung kann es nur durch ein Ende der Besatzung und der kolonialen Gewalt geben. Überarbeitete Fassung eines Vortrags von Paech am 9. Dezember 2023 im Rahmen des 30. Friedensratschlags in Kassel; Manuskript, S. 3

Ein-Staaten-Lösung nach Art einer binationalen föderativen Republik

Omri Boehm erinnert daran, dass einige „Gründerväter“ der zionistischen Bewegung „sich auf die allzu oft vergessene Unterscheidung zwischen **nationaler Selbstbestimmung** und **nationaler Souveränität**“ geeinigt hätten. „Bis zu einem sehr späten Zeitpunkt in der zionistischen Geschichte verstanden sie alle das Projekt als Verpflichtung auf Erstere, nicht aber auf Letztere. [...] Das heißt: Sie glaubten, dass die Juden das Recht auf politische Selbstbestimmung, die autonome Verwaltung ihres eigenen Lebens und die Wiederbelebung der jüdischen Kultur und Bildung hatten. Sie glaubten aber nicht, dass dies in einem souveränen jüdischen Staat erfolgen solle. Den **Staat der Juden** stellten sie sich als eine **subsouveräne politische Einheit** im Rahmen einer **multinationalen politischen Souveränität** vor.“ Diese „essenzielle politische Unterscheidung“ habe, so Boehm, „historisch im Mittelpunkt des zionistischen Projekts“ gestanden. Das heißt für ihn: „Eine erstrebenswerte Zukunft für Israel jenseits der Zweistaatenlösung wird von einer Rückbesinnung auf diese Unterscheidung abhängen.“⁶⁵⁾

Und er ist sich sicher: „Es wird keine Zweistaatenlösung geben, und es ist an der Zeit, für die erstrebenswerte Alternative eines einzigen gemeinsamen Staates zu kämpfen.“⁶⁶⁾

Dabei denkt er an eine **Föderation** zweier unabhängiger politischer Einheiten bzw. Staaten, die eine gemeinsame Union, eine gemeinsame Republik bilden, auf die sie jeweils einen Teil ihrer Souveränitätsrechte übertragen.

Boehm schlägt vor, „diese binationale Vision die **Republik Haifa**“ zu nennen, denn bereits heute bekomme man in Haifa „einen Vorgeschmack darauf, wie eine palästinensisch-jüdische Zusammenarbeit eines Tages aussehen könnte. Es sind die Krankenhäuser in Haifa, darunter einige der besten des Landes, in denen arabische und jüdische Ärzte gemeinsam die stark gemischte Bevölkerung des Nordens behandeln – arabische und jüdische Patienten liegen hier Seite an Seite. Es ist die Universität Haifa, an der sich besser als an jeder anderen Universität Israels der Aufbau einer binationalen, zweisprachigen Forschungs- und Hochschullandschaft vorstellen ließe, und es ist Haifa, wo mit Al-Midan ein arabischsprachiges israelisches Theater betrieben wird. Am wichtigsten aber sind wohl die arabischen Cafés auf der Masada-Straße [...], in denen das wahre Potenzial einer kosmopolitischen anstatt jüdischen Stadt zu spüren ist, wo Nachbarn, Araber und Juden, wie selbstverständlich die Liebe, das Leben und das Gespräch miteinander teilen, wie in einer normalen Freundschaft.“⁶⁷⁾

.....
65) **Omri Boehm**, ebd. (Anm. 29), S. 48f

66) **Boehm**, ebd., S. 191

Boehm fügt hinzu: „Der eine Staat wird, nein, er ist schon Realität. Die Frage ist nur, was für eine Art Staat er werden wird.“ (ebd.)

67) **Boehm**, ebd., S. 220f

Der Staatsentwurf in Stichworten⁶⁸⁾

1. **Beendigung der Belagerung** des Gazastreifens **und der Besatzung** des Westjordanlandes, Vereinigung Israels und Palästinas zu einer Föderation, jedes der beiden Völker übt seine kulturelle und nationale Selbstbestimmung aus;
2. **Gemeinsame Verfassung**; u.a. werden garantiert: grundlegende Menschenrechte und Grundfreiheiten, individuelle Gleichheit aller Staatsbürger, Trennung von Kirche und Staat, demokratische Wahlen, volle Anerkennung der nationalen Rechte von Juden und Palästinensern;
3. Die **Verfassung** stellt die Existenz folgender **Rechte und Institutionen** sicher:
 - a. **Freizügigkeit**: Offene Grenzen zwischen beiden Staaten, Bewegungsfreiheit für alle auf beiden Territorien;
 - b. **Wirtschaftliche Freiheit**: Angehörige beider Staaten haben das Recht, auf dem gesamten Territorium zu leben, zu arbeiten und Land zu erwerben;
 - c. **Innere Sicherheit**: Sie ist in die Verantwortung jedes der beiden Staaten gestellt; wechselseitiger Verteidigungsvertrag; ein gemeinsamer Lenkungsausschuss steuert Verteidigung der gemeinsamen Außengrenzen;
 - d. **Wahlrecht** für die Knesset (Israelis) bzw. Palästinas Parlament (Palästinenser) jeweils gewährleistet;
 - e. **Arabisch** und **Hebräisch** sind Amtssprachen in beiden Staaten und werden in allen Schulen gelehrt;

68) Vgl. **Boehm**, ebd. (Anm. 29), S. 222ff

- f. Gemeinsame **öffentliche Gedenkveranstaltungen** ⁶⁹⁾ von Juden und Palästinensern an den **Holocaust** und die **Nakba**; Aufklärung, Bildung und Gedenken von gemeinsamen Forschungseinrichtungen organisiert und sind; Schulkinder beider Staaten werden über beide Ereignisse unterrichtet und gedenken gemeinsam;
- g. **Rückkehrrecht** der Juden wie auch der Palästinenser ist von beiden Staaten anerkannt;
- h. **Israelische Hauptstadt** ist West-Jerusalem, **palästinensische Hauptstadt** ist Ost-Jerusalem;
- i. Gemeinsamer **Verfassungsgerichtshof**, paritätisch besetzt.

.....

69) Wie eng selbst das Gedenken an den Holocaust an die in Israel dominante nationalistisch-zionistische Ideologie gebunden ist, zeigt der folgende von Rolf Verleger geschilderte Vorgang:

*„Der jüdische Aufstand gegen die Deutschen, im Warschauer Ghetto 1943, wurde gemeinsam getragen von Bund^a, Zionisten und Kommunisten. Der bundistische Kommandeur **Marek Edelman** (1919 bis 2009) überlebte. Er ließ sich zeitlebens vom Zionismus nicht vereinnahmen und erklärte ihn noch 1985 für eine aussichtslose Sache. Er wurde daher 1993 auf Betreiben der israelischen Delegation von der Rednerliste der Warschauer Gedenkfeier zum fünfzigsten Jahrestag des Ghettoaufstands gestrichen – kleinkariert geht es eigentlich nicht mehr – und erteilte seinerseits 2002 der palästinensischen Führung solidarische Ratschläge, als ehemaliges Mitglied eines berechtigten Widerstands an jetzige Führer eines berechtigten Widerstands. Damit stand Edelman in der antizionistischen Tradition des Bunds.“*

Vgl. **Rolf Verleger**: Hundert Jahre Heimatland? Ebd. (Anm. 1), S. 158

- a. „Der **Allgemeine jüdische Arbeiterbund** in Litauen, Polen und Russland [...], allgemein genannt *Der Bund*, war eine jüdische Arbeiterpartei, die in den Jahren von 1897 bis 1935 in mehreren osteuropäischen Ländern aktiv war. Sie ist die Keimzelle der Bundistischen Bewegung und lebt heute in mehreren Nachfolgeorganisationen (z. B. dem International Jewish Labor Bund) weiter. [...] Der Name war abgeleitet vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. [...] Hauptziel war es, alle jüdischen Arbeiter des zaristischen Russlands in einer sozialistischen Partei zu vereinigen. Der Bund wollte sich mit der russischen Sozialdemokratie verbünden, um sozialistische und demokratische Veränderungen in Russland zu erreichen.“
(Wikipedia, Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund;
<https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeiner-Jüdischer-Arbeiterbund>)

Die Kritik Norman Paechs an der „Einstaatenlösung“⁷⁰⁾ ist gewiss berechtigt, dennoch scheint mir, dass **beide Optionen** längerfristig zusammengeführt werden könnten. Eine „Zwei-Staaten-Lösung“ nach den Vorstellungen von Norman Paech wäre danach grundsätzlich denkbar als ein erster Schritt für eine spätere Weiterentwicklung im Sinne des Vorschlags von Omri Boehm.

Abschließend Boehm: *„Der Wert des vorliegenden Vorschlags besteht darin, dass er einen Weg aufzeigt, wie sich die Menschen- und Bürgerrechte im gesamten Territorium sichern lassen, ohne mit den historischen Ambitionen von Juden und Palästinensern zu brechen – der Ausübung nationaler Selbstbestimmung und nationaler Rechte. Er entspringt der Überzeugung, dass der Zionismus, das Verlangen nach jüdischer Selbstbestimmung, im 21. Jahrhundert als ein realistisches, erstrebenswertes Ziel bewahrt werden kann, aber nur, wenn er grundlegend verändert wird, wenn er in einer aus seiner Vergangenheit bekannten, aber vergessenen Form neu erfunden wird. Wäre Israel zu diesem Wandel nicht fähig, so würde es zu einem Rhodesien des 21. Jahrhunderts herabsinken, in dem die Überlegenheit des jüdischen Volkes zur rechtlich verankerten offiziellen Staatsideologie geworden ist. Ja, wenn das das Ergebnis ist, zu dem der Zionismus das jüdische Volk führt, dann hätte er seine Berechtigung verloren.“*⁷¹⁾

.....

70) *„Wie das im Einzelnen erfolgen soll, ist ungewiss. Der vielzitierte Philosoph Omri Boehm spricht von einer Konföderation, in der auch die Flüchtlinge einen Platz finden sollen. Ob die Palästinenser die gleichen Rechte haben sollen wie Juden oder nur einen eingeschränkten Status, wie mitunter vorgeschlagen, steht zur Debatte. Was meines Erachtens nicht zur Debatte steht, ist die Zukunft eines solchen Einheitsstaates, wie er faktisch schon jetzt unter Bedingungen der Apartheid besteht. Die Mitglieder der UNO würden zwar weiter die Einhaltung der Menschen- und demokratischen Rechte anmahnen, aber niemand wird in seine Souveränität und internen Angelegenheiten eingreifen. Die Existenz Israels wäre gesichert, aber die Palästinenser hätten mit dem Verzicht auf einen eigenen Staat ihre Souveränität aufgegeben und müssten nun den Kampf um ihre politische, ökonomische und kulturelle Existenz allein gegen die jüdisch-zionistische Dominanz ausfechten – kein Szenario des Friedens.“*

Vgl. **Norman Paech**, Für ein Szenario des Friedens; ebd. (Anm. 64), S. 3

71) **Omri Boehm**, ebd., (Anm. 29), S. 225f

... und was sonst noch zu sagen wäre ...

„So wie die Welt am 7. Oktober letzten Jahres Zeuge des feigen und verurteilenswerten Massakers der Hamas an überwiegend zivilen und wehrlosen israelischen Zivilisten wurde, so wird sie nun Zeuge eines Vernichtungskrieges gegen alles, was den Gazastreifen bewohnbar gemacht hat, mit kaum wahrnehmbarer und vor allem kaum wirksamer Rücksicht auf menschliche Verluste.“⁷²⁾

Daraus folgt: Statt mit einer bedingungslosen Unterstützung der Politik der Netanjahu-Regierung eine verblendete „Solidarität mit Israel“ zu üben, gilt es, darauf hinzuwirken, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“.⁷³⁾

Eva Illouz

„Wenn die israelische Politik tagtäglich das Völkerrecht und die Menschenrechte missachtet, dann kann die ontologische Unsicherheit, die Juden rund um den Erdball verspüren, nicht länger als moralische Rechtfertigung für die systematische Blindheit gegenüber der massiven Erosion der Demokratie in Israel und gegenüber der moralisch sowie politisch unverantwortlichen Unterdrückung entrechteter Palästinenser dienen. [...] Wenn jemand, dem die Menschenrechte wichtig sind, damit zum Verräter an Israel und den Juden wird (wie es dieser Tage in Israel und den weltweiten jüdischen Gemeinden so häufig zu hören ist), würde dies den moralischen Bankrott des organisierten Judentums und Israels bedeuten. Die Menschenrechte sind der Mindeststandard, an dem jede Innenpolitik und jede internationale Politik gemessen werden muss – ohne Wenn und Aber. [...] Die ‚Sicherheit des Staates‘ und die ‚Sicherheit der Juden‘ können nicht ewig als Ersatz für eine echte Politik und moralische Positionen erhalten. [...] Was die Juden in ihren jeweiligen nichtjüdischen Ländern für sich selbst gefordert haben und fordern, muss auch den arabischen und den entrechteten palästinensischen Bürgern zugestanden werden – ohne Wenn und Aber.“⁷⁴⁾

72) **Harald Neuber**, ebd. (Anm. 51), S. 3/5

73) **Karl Marx**´ kategorischer Imperativ; in: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung; MEW 1, S. 385

74) **Eva Illouz**, Israel. Soziologische Essays; edition suhrkamp 2683, Berlin 2015¹, S. 9f; 14

Noch entschiedener formuliert die Autorin in einem kürzlich erschienenen Essay:

„Was am 7. Oktober und danach geschah, würde ich als zivilisatorischen Zusammenbruch bezeichnen. Als Kollaps des gesamten gesellschaftlichen Apparats. Wo beginnt der Kollaps? Mit Netanjahus Gleichgültigkeit gegenüber den Warnungen? [...] Das Ausmaß des Versagens ist so massiv, dass es eine kaum sichtbare längere Entwicklung offenbart: den Zusammenbruch von grundlegenden Werten der israelischen Gesellschaft. [...]

Kein Land teilt so viele Grenzen mit Feinden, die es vom Angesicht der Erde tilgen wollen; in keinem Land gibt es so viele widerstreitende Gruppen; kein Land kontrolliert zwei Millionen Menschen, indem es ihnen seit fast 50 Jahren die grundlegenden Menschenrechte vorenthält. In keinem Land gibt es ein so großes Aufgebot an antidemokratischen Extremisten. [...] Ohne Demokratie, die eine politische Lösung der Besatzung beinhaltet, wird Israel zu einem rassistischen Schurkenstaat, der von der Welt geächtet wird.“⁷⁵⁾

Michael Lüders, deutscher Journalist und Buchautor:

„Müssten irgendwo auf der Welt Menschen jüdischen Glaubens unter ähnlichen Bedingungen leben wie die Palästinenser unter israelischer Besatzung, ... gäbe es einen Aufschrei des Entsetzens in der westlichen Welt.“

Tair Kaminer, 19-jährige Jüdin, die 2016 ihren Dienst in der israelischen Armee verweigert hat:

„Ich will mich nicht aktiv an der Besatzung ... beteiligen, nicht an dem Unrecht, das dem palästinensischen Volk unter dieser Besatzung zugefügt wird.“

Dror Dayan, jüdischer Filmmacher aus Israel:

„Nur ein gemeinsamer Widerstand von Palästinensern und Juden gegen das von Israel begangene Unrecht kann zu einer gemeinsamen Existenz führen.“

Mitri Raheb, Pfarrer an der Weihnachtskirche in Bethlehem, Gründer und Präsident der Dar al-Kalima Schule und Universität: *„Befreiung im tieferen Sinn bedeutet auch, den `Feind´ von dessen Gewalt zu befreien.“⁷⁶⁾*

75) Dies., Nur als Demokratie wird Israel überleben; der Freitag Nr. 3, 18. Januar 2024, S. 3

76) Die letzten vier Zitate aus: **Elisabeth Gollwitzer**, ebd. (Anm. 46), S. 25, 31, 35 und 33

Dokument 1

Karl Marx

Der kategorische Imperativ lautet, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“.

(MEW 1, S. 385)

Thomas Müntzer

„(Dabei) machen die Herren das selber, dass ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun, wie kann es (auf) die Dauer gut werden? Wenn ich das sage, muss ich aufrührerisch sein, wohlan!“

(**Thomas Müntzer**, Hochverursachte Schutzrede, Anno 1524; in: Gerhard Wehr, Thomas Müntzer Schriften und Briefe; Fischer Tb, Juli 1973, S. 125ff, hier S. 131)

Friedrich Engels

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h., die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“

(**Friedrich Engels**, Die deutsche Ideologie; MEW 3, S. 46)

Dokument 2

Rolf Verlegers Brief an den Zentralrat der Juden in Deutschland

„Am 12. Juli 2006 begann der Krieg zwischen der israelischen Armee und der libanesischen Hisbollah. [...] Nichtstun und Schweigen wurden mir während dieses Krieges von Tag zu Tag unerträglicher. [...] Das Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland, als Sachwalter für jüdische Politik und Kultur in Deutschland, war offensichtlich der Meinung, dass jüdische Existenz in Deutschland viel mit dem Libanonkrieg zu tun habe: In großen Zeitungsanzeigen wurde für Solidarität mit der israelischen Kriegspolitik geworben, und Vizepräsident Dr. Dieter Graumann, den ich bis dahin für einen humorvollen, vernünftigen und bedachten Menschen gehalten hatte und eigentlich immer noch halte trotz seiner Verirrungen in der hier diskutierten Frage, forderte den Rücktritt der Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul allein

aus dem Grund, weil sie die israelische Kriegspolitik kritisiert hatte. Hier ging es um die prinzipielle Frage [...]: Setzen wir uns für Menschenrechte ein oder für Israels Politik?

Also schrieb ich den folgenden Brief und schickte ihn am 23.7.2006 an die Präsidentin des Zentralrats und meine Kollegen im Direktorium.

*Sehr verehrte Frau Präsidentin Knobloch,
sehr geschätzter Herr Prof. Dr. Korn,
sehr geschätzter Herr Dr. Graumann,*

Sie haben in den letzten Tagen öffentlich Partei für die militärischen Maßnahmen der israelischen Regierung gegen den Libanon ergriffen. Dazu kann und will ich nicht schweigen.

Es ist mir selbstverständlich klar, dass Sie damit die Mehrheitsmeinung der Juden in Deutschland ausdrücken. Jedoch ich hätte mir von Ihnen noch etwas mehr erwartet, denn Sie lieben Israel, Sie sind politisch erfahren, und Sie sind traditionsbewusste Juden.

- 1. Sie lieben Israel. Wie kann jemand, dem das Schicksal des Landes Israel am Herzen liegt, diese Militäraktion gutheißen? Unsere dortigen Freunde und Verwandte werden in den nächsten Jahren mit mehr statt mit weniger Gefährdung leben müssen. Bei mir betrifft dies unter anderen meine beiden Geschwister, die als Jugendliche aus Deutschland ausgewandert sind, und ihre Kinder und Enkel. Diese Militäraktion macht Israel nicht sicherer, sondern unsicherer. Der Zorn und die Wut und die Gewalt der Nachbarstaaten werden vervielfacht, der Konflikt wird ausgeweitet, anstatt eingedämmt.*
- 2. Sie sind politisch erfahren. Daher wissen Sie so gut wie jeder andere, dass der Anlass für den Hisbollah-Terror gegen Israel der ungelöste Palästina-Konflikt ist und dass auch jetzt die Hisbollah die zwei israelischen Soldaten offensichtlich darum entführt hat, damit sie sich als Verteidigerin der von Israel bedrängten Bewohner von Gasa in Szene setzen konnte.*

Jeder weiß, dass Syrien und Iran und Russland mit dem Palästina-Konflikt ihr trübes Süppchen kochen – selbstverständlich aber auch die USA, die nach dem Irak-Debakel nun die israelische Armee als ihren verlängerten militärischen Arm benutzt.

Jeder weiß daher, dass die Alternative zum Dschungel dieser Interessen – und damit zum Krieg – darin besteht, dass die israelische und die palästinensische Regierung (und dem nachgeordnet auch die libanesischen Regierung) miteinander verhandeln und Übereinkünfte treffen. Darauf sollten die Freunde Israels hinwirken, anstatt die gewählte palästinensische Regierung zu dämonisieren.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat Erfahrung darin, mit einer Regierung zu verhandeln, die die Rechtsnachfolgerin einer Mörderbande ist. Der Erfolg gibt uns darin Recht.

3. *Sie sind traditionsbewusste Juden. Daher wissen Sie so gut wie ich, dass es immer einen Konflikt gegeben hat zwischen jüdischer Religion und Nationalismus. Im Altertum war dies der scharfe Konflikt zwischen unseren Propheten und den Königen von Juda und Israel, und mit dem Aufkommen des Zionismus war es die Auseinandersetzung zwischen Zionisten und Aguda⁷⁷⁾ – eine Auseinandersetzung, in der beide Seiten gute Argumente hatten.*

Heutzutage haben leider viele Juden diesen Maßstab verloren und denken, man sei ein um so besserer Jude, je entschiedener man für Israels Gewaltpolitik eintritt.

Aber ein solches `Judentum´: Ist das noch das gleiche Judentum, dessen Wesen unser einflussreichster Lehrer Hillel so definierte: `Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an´? Ist das noch das gleiche Judentum, als dessen wichtigstes Gebot unser Rabbi Akiba benannte: `Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst´? Das glaubt mir doch heutzutage keiner mehr, dass dies das `eigentliche´ Judentum ist, in einer Zeit, in der der jüdische Staat andere Menschen diskriminiert, in Kollektivverantwortung bestraft, gezielte Tötungen ohne Gerichtsverfahren praktiziert, für jeden getöteten Landsmann zehn Libanesen umbringen lässt und ganze Stadtviertel in Schutt und Asche legt. Ich kann doch wohl vom Zentralrat der Juden in Deutschland erwarten, dass dies wenigstens als Problem gesehen wird.

Selbstverständlich weiß ich, dass ich hier gegen jahrzehntelang festgefügte Meinungen argumentiere. Aber ich bin nicht der Erste, ich werde nicht der Letzte sein, und zusammen mit besonnenen Menschen in Israel und außerhalb Israels können wir die Dinge zum Guten wenden.

Die israelische Regierung braucht unsere Solidarität. Im Moment ist sie auf einem falschen Weg, daher braucht sie von solidarischen Freunden jetzt nicht mehr Waffen oder mehr Geld oder mehr Public Relations, sondern mehr Kritik.

*Mit freundlichen und besorgten Grüßen
Rolf Verleger“*

(Quelle: Rolf Verleger: Hundert Jahre Heimatland?, a.a.O., S. 54-58)

77) „Agudat Jisra´el (... im aschkenasischen Umfeld Agudas Jisroel oder kurz Aguda(h), ist eine aschkenasische chassidische ultraorthodoxe Partei in Israel, die sich für den Einfluss der Tora und der jüdischen Gesetzgebung (Halacha) in der jüdischen Gesellschaft in Israel und in der jüdischen Diaspora einsetzt. Sie steht in der Tradition der am 28. Mai 1912 im damals deutschen Kattowitz gegründeten Bewegung Agudas Israel. Die Aguda lehnt den säkularen Zionismus seit jeher ab, eine Haltung, die sich mit ihrem Eintritt in das politische System des Staates Israel nicht geändert hat.“

(https://de.wikipedia.org/wiki/Agudat_Jisra´el)

Dokument 3

Ende September 2006, kurz nach dem Beginn des jüdischen Jahres 5767, traf sich **Rolf Verleger** in Berlin mit in Deutschland lebenden Juden, sowohl Israelis als auch Deutschen, wo sie einen Text verfassten, in dem sie „*die Tatsache der Besetzung und die Moral- und Sinnlosigkeit der aktuellen israelischen Politik und ihrer Unterstützung durch Deutschland mit einer Unterschriftenaktion zum öffentlich diskutierten Thema zu machen*“ gedachten.

Hier der im November 2006 veröffentlichte Text:

Schalom 5767: Berliner Erklärung

Seit Jahrzehnten leben das israelische und das palästinensische Volk als Nachbarn. Es gäbe viele Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Entwicklung. Stattdessen wird ihr Leben vergiftet durch Krieg und Gewalt, durch Bedrohung und Terror, durch gegenseitigen Hass, Verachtung und Respektlosigkeit.

Das Grundübel ist die seit 1967 andauernde Besetzung palästinensischen Gebiets. Die Besetzung bedeutet Entwürdigung und Entrechtung der Palästinenser. Sie lähmt ihr wirtschaftliches, politisches und soziales Leben. Darüber hinaus verhindert dieses täglich neu erlebte Unrecht einen friedlichen Ausgleich des alten Unrechts, das den Palästinensern mit der Vertreibung von 1948 angetan wurde. All dies treibt die Spirale der Gewalt an.

Es ist an der Zeit, diese Spirale zu durchbrechen und einer dauerhaften Friedenslösung den Weg zu bereiten, die

- *dem palästinensischen Volk ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht,*
- *beiden Nationen die Existenz in international anerkannten Grenzen sichert,*
- *die gesamte Region befriedet und dadurch die ganze Erde friedlicher und sicherer werden lässt.*

In beiden Gesellschaften, der israelischen wie der palästinensischen, gibt es seit langem Stimmen für Verständigung: die Genfer Vereinbarung ist dafür wegweisend (www.genferinitiative.de).⁷⁸⁾ Diese Stimmen brauchen Unterstützung.

Nur wenig Unterstützung kommt jedoch aus Deutschland. Das hat seinen Grund: Vor 61 Jahren endete mit der Niederlage Nazi-Deutschlands der unter Führung von Deutschen begange-

.....

78) Über diesen Link ist die Website nicht mehr erreichbar. Offenbar ist dies darin begründet, dass, wie einem Text vom 03. August 2023 auf **SWI swissinfo** zu entnehmen ist, die Schweiz die Genfer Initiative nach 20 Jahren „beerdigt“ hat. Über Google kommt man unter Eingabe von „genfer initiative“ auf die Seite der AG Friedensforschung, Veranstalter des Friedenspolitischen Ratschlags in Kassel, wo im Archiv mit Beiträgen aus den Jahren 1996 bis 2015 die englische Version verfügbar ist.

ne Massenmord an den Juden Europas. Scham und Trauer über dieses Verbrechen lässt viele Menschen zur Politik des jüdischen Staats Israel schweigen.

Aber dieses Schweigen ermöglicht neues Unrecht.

Um in diese erstarrte Situation Bewegung zu bringen, haben wir, Jüdinnen und Juden aus Deutschland, als Erstunterzeichnende diese Erklärung auf den Weg gebracht. Denn wir sehen mit Entsetzen, wie der mit so großen Hoffnungen gegründete Staat Israel in einer Sackgasse der Gewalt feststeckt.

Wir fordern die deutsche Regierung auf, mit der Europäischen Union

- die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren,*
- kurzfristig den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden,*
- endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben, in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems, mit voller Souveränität und freiem Verkehr.*

Damit wird eine Sicherheitsregelung mit den Staaten der Region zu verbinden sein, besonders für das sich bedroht fühlende Israel, ebenso wie für seine Nachbarstaaten. Fragen des Rückkehrrechts der von Israel 1948 vertriebenen Palästinenser können einvernehmlich gelöst werden, wenn Israel als Zeichen der Versöhnungsbereitschaft die Vertreibung als Unrecht benennt. Der Status Jerusalems als Doppelhauptstadt wird zu klären sein. Ein Vorschlag der Arabischen Liga zur Einigung mit Israel liegt vor. Der Frieden wäre greifbar nahe.

„Was Dir verhasst ist, tu Deinem Nächsten nicht an.“ So fasste vor zweitausend Jahren Rabbi Hillel das Wesen des Judentums zusammen. Das sollte auch heute der Leitfaden menschlichen Handelns sein – auch in der Politik.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift diese Erklärung oder tragen Sie sich ein: auf www.schalom5767.de.“

Unter den 71 Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichnern waren:

Edna Bejarano (Sängerin, Hamburg), Esther Bejarano (Sängerin, Hamburg), Joram Bejarano (Musiker, Hamburg), Tsafir Cohen (Journalist, Berlin), Kurt Goldstein (Ehenvorsitzender Internationales Auschwitz-Komitee, Berlin), Werner Goldstein (Journalist, Berlin), Abraham Melzer (Verleger, Neu-Isenburg), Michael Riese (Lehrer, Alsfeld), Prof. Dr. Jochanan Trilse-Finkelstein (Germanist, Berlin), Prof. Dr. Ernst Tugendhat (Philosoph, Tübingen), Prof. Dr. Rolf Verleger (Psychologe, Lübeck).

Das Ziel von einer Million Unterschriften wurde leider nicht erreicht, bis zum Ende der Kampagne am 6. November 2007 kamen 14.444 Unterschriften zusammen.

(Quelle: **Rolf Verleger**: Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht, a.a.O., S. 98-101)

Dokument 4

Gleichnis

„Es ist da ein blinder Fleck, eine Denkblockade, die es den meisten Israelis – und auch den meisten aktiven Mitgliedern der heutigen Jüdischen Gemeinden in Deutschland – unmöglich macht zu sehen, was die Israelis, deren Vorfahren in Europa verfolgt wurden, nun den Einwohnern Palästinas antun. Der polnisch-jüdische Schriftsteller und Historiker **Isaac Deutscher** hatte es 1967 so formuliert:

Einmal sprang ein Mann aus dem obersten Stock eines brennenden Hauses, in dem bereits viele seiner Familienangehörigen umgekommen waren. Er konnte sein Leben retten, aber im Herunterfallen schlug er auf jemanden auf, der unten stand, und brach diesem Menschen Arme und Beine. Der Mann, der sprang, hatte keine Wahl, aber für den Mann mit den gebrochenen Gliedern war er die Ursache seines Unglücks.

Was ... geschieht, wenn diese beiden Leute sich irrational verhalten? Der Verletzte gibt dem andern die Schuld an seinem Unglück und schwört, dass er ihn dafür bezahlen lassen wird. Der andere, aus Angst vor der Rache des verkrüppelten Mannes, beleidigt, tritt und schlägt ihn, wann immer er ihn trifft. Der getretene Mann schwört erneut Rache und wird wieder geschlagen und bestraft. Die bittere Feindschaft, die zunächst ganz zufällig war, verhärtet sich und überschattet schließlich die gesamte Existenz der beiden Männer und vergiftet ihr Denken.

Wenn sich beide rational verhielten, würden sie keine Feinde werden. Der Mann, der aus dem brennenden Haus entkam, würde, sobald er sich erholt hätte, versuchen, dem anderen Betroffenen zu helfen und ihn zu trösten; und jener hätte vielleicht eingesehen, dass er das Opfer von Umständen geworden war, die keiner von beiden unter Kontrolle hatte.“

(**Isaac Deutscher** (1988) *Der nicht-jüdische Jude. Essays*, Rotbuch-Verlag, Berlin; zitiert nach: Rolf Verleger, *Hundert Jahre Heimatland?*, a.a.O. (Anm. 1), S. 14f)

Dokument 5

Palästinensische Widerstandsorganisationen

Hamas

Die Hamas wurde 1987 im Gazastreifen gegründet. Sie ging aus den Reihen der Muslimbruderschaft hervor und „konnte auf den Strukturen, Institutionen und Personen der schon seit 1946 in Palästina aktiven Muslimbruderschaft aufbauen, die ihre Verbreitung und ihren Erfolg ihren sozialen Aktivitäten, den Projekten im Bildungsbereich und vor allem dem Bau von Moscheen in den Jahren nach 1967 verdankte. Die Intifada war offensichtlich das auslösende Ereignis, welches die Muslimbrüder veranlasste, von den bislang eher sozialen und religiösen Aktivitäten zur politischen Aktion überzugehen. Auch ihre Programmatik ist antikolonialistisch gegen die Entstehung eines jüdischen Staates in Palästina gerichtet. Darüber hinaus ist sie jedoch stark religiös geprägt. [...]

[...] 1988 [...] stellte sich die Hamas mit einem religiös-nationalistischen Programm, welches sich ausschließlich an Muslime richtete, offen gegen die alle politischen und religiösen Richtungen ansprechende Programmatik der Fatah. In ihrer **Charta von 1988** wurde ihre Forderung, die Besatzung zu bekämpfen und ganz Palästina zu befreien, als religiöses Gebot formuliert. [...] Helga Baumgarten macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die religiös-nationalistische Perspektive eines islamischen Palästina, dessen territoriale Einheit kein Muslim aufgeben dürfe, sich spiegelbildlich in der religiös-nationalistischen Ideologie der jüdischen Siedler unter umgekehrten Vorzeichen wiederfindet.“⁷⁹⁾

Fatah

Die Fatah (formell sozialdemokratisch), am 10. Oktober 1959 von **Jassir Arafat** und anderen als Guerillaorganisation gegründet, „versteht sich als antikoloniale Befreiungsbewegung mit einer nationalen Ideologie, die die Errichtung eines palästinensischen anstelle des israelischen Staates zum letztendlichen Ziel erklärt. Damit unterscheidet sie sich von der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“, PFLP, des George Habash, der es um die revolutionäre Umwälzung der ganzen arabischen Region geht. Die ideologische Stoßrichtung von Fatah zielt direkt auf den Staat Israel und die Besatzung. Ein antijüdischer bzw. antisemitischer Unterton liegt ihr dabei fern. Allerdings gehören auch der Zionismus und die Siedlerbewegung mit ihrer kolonialistischen Landnahme zu den erklärten Gegnern. Der Ideologie fehlt zudem eine ausdrücklich islamische Ausrichtung, selbst wenn alle Proklamationen der Fatah mit der üblichen

.....
79) **Norman Paech**: Hundert Jahre Widerstand ohne Lösung; ebd. (Anm. 18), S. 179f

Formel 'Im Namen Gottes, des Erbarmers, des Barmherzigen' beginnen. Man wird sie nicht-dezidiert säkular nennen können. Dennoch soll der demokratische Staat Palästina religiöse Offenheit gegenüber anderen Glaubensrichtungen und Toleranz gegenüber ihren Gläubigen und Organisationen üben.“⁸⁰⁾

„Im Rahmen des Oslo-Friedensprozesses erkannte die Fatah 1993 [...] das Existenzrecht Israels an, bekannte sich zum Friedensprozess und schwor dem Terrorismus als politischem Mittel ab.“⁸¹⁾

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Die PLO, am 28. Mai 1964 in Jerusalem gegründet, „ist eine Dachorganisation verschiedener Fraktionen, die die Vertretung aller Palästinenser, auch der im arabischen und im nichtmuslimischen Exil, anstrebt. Die weitaus stärkste Fraktion ist die Fatah. [...]

Ab 1969 bis zu seinem Tod am 11. November 2004 war Jassir Arafat PLO-Vorsitzender. [...] Der größte außenpolitische Erfolg der PLO war die Anerkennung als 'Repräsentant des palästinensischen Volkes' durch die Vereinten Nationen im Jahre 1974. Neuer Vorsitzender ist seit Arafats Tod der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas.⁸²⁾

In dem am 13. September 1993 unterzeichneten Oslo-I-Abkommen „erkannte die PLO den Staat Israel und Israel seinerseits die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Mit dieser Anerkennung verpflichtete sich Israel jedoch nicht darauf, mit dem palästinensischen Volk die Souveränität im ehemaligen Mandatsgebiet zu teilen, diesem also Selbstbestimmung in einem eigenen Staat zu gewähren – auch nicht als Ergebnis von Verhandlungen über einen endgültigen Status.“⁸³⁾

.....

80) **Norman Paech**, ebd. (Anm. 18), S. 179

81) Wikipedia: Fatah; <https://de.wikipedia.org/wiki/Fatah>, S. 1/8

82) Wikipedia: Palästinensische Befreiungsorganisation;
[https://de.wikipedia.org/wiki/Palästinensische_Befreiungsorganisation#:~:text=Die_PLO_sollte_eine_offizielle.gearbeitet_hatten%2C_sollte_zentralisi..., S. 1/6f](https://de.wikipedia.org/wiki/Palästinensische_Befreiungsorganisation#:~:text=Die_PLO_sollte_eine_offizielle.gearbeitet_hatten%2C_sollte_zentralisi...,S.1/6f)

83) **Muriel Asseburg**: Palästina und die Palästinenser. Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart; Verlag C.H.Beck, München 2021; Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung. 2021, S. 139

Thesen zu „Israel – Hamas“

Vorab / grundsätzlich:

- Ich bin Jahrgang 1960 und erinnere mich daran, dass irgendwann im Geschichtsunterricht der Oberstufe (vielleicht 1978) schon der „ewige Nahost-Konflikt“ ein Thema war. Seitdem sind bald weitere 5 Jahrzehnte vergangen!
- Auf diese 5 Jahrzehnte könnte mit mehr Gleichmut geschaut werden, wenn nicht Millionen von (vertriebenen) Palästinensern in diesem Zeitraum unter sehr traurigen Verhältnissen hätten leben müssen.
- Auch diese Menschen (Palästinenser) sind Opfer des deutschen Faschismus zwischen 1933 und 1945. Ohne den Holocaust gäbe es Israel nicht – und ohne Israel hätte es die Vertreibung der Palästinenser nicht gegeben. Insofern sollte sich Deutschland *auch* für die Palästinenser verantwortlich fühlen. (Auf diesen Aspekt machte mich vor Jahren einmal Oskar Lafontaine mit einer entsprechenden Aussage aufmerksam – alleine wäre ich vielleicht gar nicht darauf gekommen ...).
- Wegen des Holocausts hat sich Deutschland in besonderer Weise für Israel verantwortlich zu fühlen und sich für eine dauerhafte Existenz dieses Staates einzusetzen. Diese Dauerhaftigkeit ist langfristig von einem friedlichen Nebeneinander von Israel und seinen palästinensischen / arabischen Nachbarn abhängig. Gegenwärtig sprechen viele Stimmen von einem sich vollziehenden Übergang zu einer „multipolaren Welt“. Wenn diese Welt tatsächlich kommt, könnte dieses mit einem Machtverlust der USA und des „Westens“ einhergehen. Da sich Israel (aus Gründen, die in vielerlei Hinsicht zunächst nachvollziehbar sind) in seiner Politik engstens an diese USA und den Westen bindet, könnte ein Machtverlust des Westens einem Staat Israel auf Dauer große Probleme bereiten. Die deutsche Staatsräson des „Unterstützens Israel“ darf diese Langfrist-Perspektive nicht aus dem Blick verlieren.

Konkreter:

- Der Charakter des Staates Israel hat sich in den letzten Jahrzehnten fundamental verändert. Ausdruck dessen ist, dass eine israelische Ministerin schon vor Jahren ihren Stolz darüber zum Ausdruck brachte, eine "Faschistin" zu sein - siehe die angehängte **Datei** oder den Wikipedia-Artikel über die Ministerin (https://de.wikipedia.org/wiki/Miri_Regev). Und der israelische Verteidigungsminister wurde am 10. Oktober vom Deutschlandfunk mit den Worten zitiert: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere ...“ (<https://www.deutschlandfunk.de/blog-israel-hamas-100.html>).

- Die UN hat vor vielen Jahren eine Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina gefordert – und das ist sicherlich der einzige noch halbwegs realistische Ausweg aus der furchtbaren „Lage“ im Nahen Osten. Diese „Lösung“ wird vom Westen zwar immer noch propagiert – tatsächlich wird an ihrer Umsetzung aber seit Jahren nicht mehr gearbeitet. Israelische Politiker/innen wissen dies, und die seit Jahren immer rabiater betriebene Siedlungspolitik ist Folge dieser Erkenntnis.
- Überhaupt liegt hier die große Schuld des Westens an der gegenwärtigen Situation: Die immer aggressiver und „fundamentalistischer“ auftretenden israelischen Politiker/innen und Parteien wurden nie gebremst. Vielen im Westen gefiel diese Entwicklung zwar nicht – aber letztendlich bekam Israel immer „ad libidum“ die Mittel für diese expansive Politik (Geld und Waffen – v.a. aus den USA).
- Im Gegenzug - also im Ergebnis einer realistischen Bewertung - schwanden bei den Palästinensern zunehmend die Hoffnungen auf einen eigenen Staat und vor allem auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Gerade der Gaza-Streifen wurde so zu einer Brutkammer von Hass.

Und ganz konkret zum Angriff der HAMAS auf Israel:

- Der Angriff zielte offensichtlich nicht nur auf die militärische Infrastruktur ab, sondern auch auf zivile Ziele und Zivilisten. Damit wäre das ein geplantes Kriegsverbrechen – und DAS ist zu verurteilen.
- Jetzt wird wieder allenthalben appelliert, eine derartige Verurteilung nicht zu relativieren. Hier gehe ich nicht mit: Wenn seit Jahrzehnten erkennbar ist, dass bestimmte Entwicklungen auf einen furchtbaren Punkt zusteuern, zwei unmittelbare Kontrahenten sich in einer Gewaltspirale befinden (die Spirale also nicht nur von einer Seite angetrieben wird) und weitere Akteure (hier: USA und der Westen) nicht nur tatenlos zuschauen, sondern diese Entwicklung durch die „unbedingte Solidarität“ mit einem der Kontrahenten noch befördern, gibt es für die Explosion nicht nur einen Schuldigen. Hier MUSS relativiert werden. (Aus diesem Grund waren für mich auch alle Stellungnahmen, die nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine ausschließlich Russland verurteilten und die Vorgeschichte sowie die Begleitumstände ausklammerten, unlauter.)
- Aktuell ist zu befürchten, dass Israel in einer Art und Weise reagiert (kein Wasser, kein Strom, kein Treibstoff, keine Lebensmittel für 2 Mio Menschen), die geeignet ist (und darauf abzielt?), die HAMAS und mit ihr die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen für alle Zeiten „loszuwerden“. (Es gibt u.a. Berichte, dass Israel Ägypten „überzeugen“ will, auf dem Sinai Flüchtlingslager für die Menschen aus dem Gaza-Streifen hinzunehmen.) Eine solche „Reaktion“ auf die Attacken der HAMAS ist ebenfalls zu verurteilen.

Was bei all´ diesen traurigen und furchtbaren Entwicklungen zu berücksichtigen ist (und v.a. dann, wenn über die „Schuld beider Seiten“ lamentiert wird): Eine Seite war immer stärker als die andere. In einer solchen Situation kann nicht ein Nachgeben der schwachen Seite gefordert werden - das wäre eine Kapitulation.

Die Hamas erkennt Israel nicht an?

[...] Die Reflexe funktionieren wie gehabt, gerne unter Verweis auf die Hamas-Charta von 1988, welche die Zerstörung Israels fordert. Seit ihrem Wahlsieg 2006 hat sich die Hamas allerdings gewandelt – wie jede Partei, die aus der Opposition an die Regierung gelangt. [...]

Der Hamas-Führer Ismail Haniyya, von 2006 bis 2007 palästinensischer Ministerpräsident, antwortete der „Washington Post“ im Februar 2006 auf die Frage, ob die Hamas bereit sei, Israel anzuerkennen: „Wenn Israel erklärt, dass es den Palästinensern einen Staat und ihre Rechte zurückgibt, dann ist auch die Hamas bereit, Israel anzuerkennen.“ Im März 2006 erstellte die Hamas ein neues politisches Programm, das im Gegensatz zur Hamas-Charta nirgendwo Bezug nimmt auf das „historische Palästina“. Im Juni 2006 schrieb Haniyya einen handschriftlichen Brief an Präsident Bush (wie es dazu kam, erläutert die israelische Zeitung „Haaretz“ am 14. November 2008). Darin heißt es: „Wir sind so sehr besorgt über Sicherheit und Stabilität in der Region, dass wir keine Einwände gegen einen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten erheben. Wir sind bereit, uns auf einen langjährigen Waffenstillstand zu verpflichten.“ Und weiter: „Die Beibehaltung der jetzigen Situation wird Gewalt und Chaos in der gesamten Region fördern.“

Die Regierung Bush sah keinen Anlass, auf dieses Schreiben zu antworten. Die israelische Regierung setzte ihre bisherige Politik fort. Allein 2006 wurden 660 Palästinenser im Gazastreifen von israelischen Bomben und Raketen getötet, die meisten davon Zivilisten, ein Drittel Kinder. Die Vereinten Nationen beziffern die Zahl der von Israel getöteten Palästinenser von April 2006 bis Juli 2012 auf 2879. Zum Vergleich: Bis zum Beginn des Gaza-Krieges 2014 starben 28 Israelis durch Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen.

(Michael Lüders, Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet; Verlag C.H.Beck, München, 10. Auflage 2015, S. 151f)

Dokument 6

„Wer in der Verantwortung zu Israel steht, steht auch in der Verantwortung zu Palästina“

Florian Rötzer im Gespräch mit Völkerrechtler Norman Paech über das Völkerrecht, die Hamas als Terror- oder Befreiungsbewegung, die Untätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs und eine Friedenslösung am 3. November 2023

(Auszug)

Nun will die Hamas nicht nur den Gazastreifen oder die palästinensischen Gebiete befreien, sondern auch die Existenz Israels auslöschen. Es ist offenbar das Ziel, einen eigenen Staat dort aufzubauen. Das würde doch eigentlich keiner Definition einer Freiheitsbewegung entsprechen?

Norman Paech: Das liegt aber auch daran, dass wir alle ziemlich schlecht informiert sind. Und weil wir schlecht informiert sein wollen, hängen wir immer noch an der alten Charta der Hamas, in der das in der Tat so war. Man muss aber genau hinhören, was jetzt gesagt wird. Ismail Haniyyeh, der Chef der Hamas, hat zum Beispiel darauf hingewiesen: Das Einzige, was sie jetzt wollen, sei, dass Israel das Land verlässt, weil das Land ihnen gehört. Nichts anderes. Da ist überhaupt keine Rede von der Vernichtung von Israel.

Die Hamas hat immer gesagt, dass sie genauso wie die PLO, die schon 1993 und 2008 Israel anerkannt hat, Israel anerkennen werde, wenn es definierte Grenzen hat. Aber wenn man sich Netanjahu in der letzten Verhandlung der UNO ansieht, hat er ein Israel aufgezeigt, für das es überhaupt keine Grenzen gibt, sondern das vom Jordan bis zum Mittelmeer reicht. Die Hamas sagt, sie erkenne Israel sofort an, wenn es seine Grenzen definiert und dabei bleibt. Das macht Israel bisher nicht, deswegen wird es noch nicht anerkannt von der Hamas. Aber ich wiederhole, wenn man sich Haniyyeh, den Chef der Hamas, anhört, dann sagt er, gefragt nach dem 7. Oktober: „Wir wollen nur eines: Israel soll unser Land verlassen.“ Darum geht es.

„Unser Land“ bedeutet dann welches Land?

Norman Paech: Gaza. Und sie sprechen natürlich dann auch für die besetzten Gebiete. Das ist auch das, was die PLO will: Israel soll die Besatzung aufgeben und sich aus dem fremden Land zurückziehen. Wie das aussieht, darüber können wir nachher noch sprechen.

(<https://overtone-magazin.de/hintergrund/politik/wer-in-der-verantwortung-zu-israel-steht-steht-auch-in-der-verantwortung-zu-palaestina/>)

Dokument 7

Die Bundesregierung

Erklärung der Bundesregierung zur Verhandlung am Internationalen Gerichtshof

Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Hebestreit, teilt mit:

Pressemitteilung 10

Freitag, 12. Januar 2024

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)

Am 7. Oktober 2023 haben Terroristen der Hamas unschuldige Menschen in Israel brutal überfallen, gequält, getötet und entführt. Das Ziel der Hamas ist es, Israel auszulöschen. Israel verteidigt sich seitdem gegen den menschenverachtenden Angriff der Hamas.

Angesichts der deutschen Geschichte und des Menschheitsverbrechens der Shoa sieht sich die Bundesregierung der Konvention gegen Völkermord besonders verbunden. Diese Konvention ist ein zentrales Instrument des Völkerrechts, um das „nie wieder“ umzusetzen. Einer politischen Instrumentalisierung treten wir entschieden entgegen.

Wir wissen, dass verschiedene Länder die Operation Israels im Gazastreifen unterschiedlich bewerten. Den nun vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Israel erhobenen Vorwurf des Völkermords weist die Bundesregierung aber entschieden und ausdrücklich zurück. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage.

Die Bundesregierung unterstützt den Internationalen Gerichtshof in seiner Arbeit, so wie sie es seit vielen Jahrzehnten tut. Die Bundesregierung intendiert, in der Hauptverhandlung als Drittpartei zu intervenieren.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-der-bundesregierung-zur-verhandlung-am-internationalen-gerichtshof-2252842>)

Dokument 8

Doppelte Standards

Robert Cooper, ein ranghoher britischer Diplomat, Berater des ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair und der früheren Außenbeauftragten der Europäischen Kommission, Catherine Ashton, formulierte in dankenswerter Offenheit, welche Prinzipien die Beziehungen des Westes zu Staaten prägen sollen, die nicht zu „uns“ gehören:

*„Die Herausforderung für die postmoderne Welt besteht darin, sich an **doppelte Standards** zu gewöhnen. Solange wir unter uns sind, arbeiten wir auf Grundlage von Gesetzen und offener, kooperativer Sicherheit. Aber wenn wir es mit eher altmodischen Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europas zu tun haben, müssen wir zu den eher raueren Methoden früherer Zeiten zurückkehren – Gewalt, prä-emptive Attacken, Täuschung, was immer es braucht, um mit denen umzugehen, die noch wie im 19. Jahrhundert jeder in einem Staat für sich leben. Unter uns halten wir uns an die Gesetze, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir die Gesetze des Dschungels anwenden.“⁸¹⁾*

(**Robert Cooper**: „The new liberal imperialism“, *The Guardian*, 7. April 2002, <http://www.theguardian.com/world/2002/aps/07/1>; zitiert nach:

Mathias Bröckers, Paul Schreyer: Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren; Westend Verlag GmbH, Frankfurt / Main 2014, S. 47f)